

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 7. Mai 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

#### Figuren-Wechsel.

Nachdem Herr v. Lucanus — zu deutsch „der Helmleuchter“ — seines Amtes gewaltet hat, ist das am drei Minister erleichterte Ministerium alsbald wieder verabschiedet worden. Am Montag brachte eine Extra-Ausgabe des „Reichs-Anzeigers“ die Liste der gehenden, kommenden und versetzten Minister. Das erneute Ministerium besteht, mit einer Ausnahme, aus den Männern, deren Namen bereits bekannt geworden sind.

Müller vom Centralverband wird Handelsminister, Rheinbaben scheidet vom Ministerium des Innern ins Finanzministerium über, Poddbielski, der als Husar natürlich für alle Ressorts gleich fähig ist, verläßt das Reichs-Postamt und bezieht das landwirtschaftliche Ministerium. Staatssekretär des Reichs-Postamts wird der bisherige Direktor im Reichs-Postamt Kraetzle.

Insofern brachte der „Reichs-Anzeiger“ nur Bestätigungen. Dagegen wird ein funktionsgelinder Polizeiminister als Ueberraschung. Nicht Herr v. Bethmann-Hollweg, Oberpräsident von Brandenburg, ist Minister des Innern geworden, sondern ein Herr v. Hammerstein, der bisher Bezirkspräsident zu Regh war und als ein Mann, der unter und mit dem reichsständischen Diktaturparagrafen regiert hat, sicherlich alle Ansprüche an preussische Schnelligkeit voll befriedigt. Herr v. Bethmann-Hollweg scheint übrigens die bloße Thatsache, daß er ein paar Tage als Ministerkandidat genannt wurde, so angegriffen zu haben, daß er am Montag schleunigst auf vier Wochen in Urlaub gegangen ist.

Die scheidenden Minister haben den üblichen Orden auf den Weg bekommen. Eine besondere, sachliche Aufmerksamkeit ist dem Herrn v. Miquel zu teil geworden; er ist für den Rest seiner Tage ins preussische Herrenhaus berufen worden. Da er als Minister im Verdacht stand, nicht mit der gehörigen Begeisterung den Kanal schluden zu wollen, so wird er als Herrenhausmitglied wenigstens die Gelegenheit erhalten, sich in der geforderten Thätigkeit zu üben.

Damit ist also wieder einmal die „innere Krisis“ beseitigt. Die Verordnungen kann sich, wenn sie will, ein paar neue Namen einprägen. Im übrigen haben diese politischen Krisen vor den medizinischen den schlimmen Nachteil, daß ihnen keine Genesung folgt. Eine innere sachliche Notwendigkeit dafür, daß von Zeit zu Zeit ein Ministerium einen neuen Einwohner erhalten muß, kann von niemand erudet werden. Denn im System der Systemlosigkeit bleibt alles beim alten. Kein Minister vertritt ein politisches Programm, keinen hat die Notwendigkeit der Entwicklung als die zweckmäßige Verankerung einer leitenden Idee emporgeschoben. Keiner werden gegeben und werden genommen, Minister kommen und gehen, und zwischen Intriguen, Männen und allerlei Pflichten schleicht beharrlich der alte Hammer. Kein republikanisch-constitutioneller Staat kennt eine solche Verfahrenheit.

#### Der Minister gegen Socialpolitik.

Herr Müller, der Bevollmächtigte des Centralverbands deutscher Industrieller im preussischen Ministerium, wurde von uns bereits in einigen Strichen gezeichnet. Zur Vervollständigung des Bildes dieser neuen Ertrungenschaft im Staate, der in der Socialreform an der Spitze marschieren soll, sei noch einiges aus Parlements- und anderen Reden der neuen Excellenz nachgetragen.

Jedlicher irgendwie ernsthafte Arbeiterschuß ist dem Vertrauensmann der rheinisch-westfälischen Großindustrie zuwider. Selbst die Sonntagsruhe bekämpfte er anfangs der Vier Jahre und beschönigte seinen Willen gegen diese selbstverständliche aller Arbeiterschußmaßnahmen mit der Besorgnis, daß die Arbeiter dadurch Schaden leiden würden. Herr Müller sagte 1892 am 10. November in Dortmund nach einem Bericht der „Rhein-Westf. Ztg.“:

„Für die zahlreichen Detaillisten sei das Gesetz beziehungsweise die Schließung der Geschäfte um 2 Uhr nachmittags eine große Schädigung. . . Der Schaden, welcher der Industrie durch die Sonntagsruhe zugefügt werde, treffe in erster Linie allerdings die Fabrikanten, in geradezu barbarischer Weise aber auch den Arbeiter. Es sei deshalb zu hoffen, daß das Bestreben der Großindustrie, ernste Schäden abzuwenden, von Erfolg begleitet sein werde. Redner werde an seinem Teil es als seine erste Pflicht betrachten, in diesem Sinne tätig zu sein. Gerade in jetziger Zeit solle man sich doppelt bestimmen, ehe man den Arbeitsverdienst schmälere und die Konkurrenzfähigkeit der Industrie dem Auslande gegenüber lahm lege.“

Zu den letzten Tagen des Ministeriums Verleßlich befehligte sich der Landtag wiederholt mit der Socialpolitik des Reichs, weniger aus sachlichen Gründen, als um den Sturz des den Schlotjüngern unangenehmen Ministers zu beschleunigen. So hatte unter anderem die freikonserervative Partei einen Antrag gegen den „Kühn- und Ladenschuß“ eingebracht. Namens der Rationalliberalen befristete Abg. Müller diesen Antrag und erklärte sich bei dieser Gelegenheit gegen einen Maximalarbeitsstag für erwachsene männliche Arbeiter überhaupt:

„Gegen eine Beschränkung des erwachsenen männlichen Arbeiters bin ich von jeher gewesen und werde es auch bleiben. Es ist eine absolute Notwendigkeit, daß wir hier die Freiheit aufrecht erhalten wollen, und nur bei unseren Herren Socialpolitikern hat sich die Ansicht herausgebildet, daß die Freiheit nicht notwendig wäre. . . Wollen wir den Maximalarbeitsstag bei Männern einführen, so führen wir eine der grausamsten Maßregeln ein, die die Leute verhindert, sich von unten heraus zu arbeiten. Gegen den Maximalarbeitsstag für Männer werde ich stets sein. . . Ich würde es für einen gewaltigen socialpolitischen Fehler halten, wenn man den fleißigen Leuten, die sich durch Heberarbeit herausarbeiten wollen, die Möglichkeit nähme.“

Wenige Tage später, am 16. Juni 1899, verhandelte das Haus über den Antrag, die Bäckerei-Verordnung nicht in Kraft treten zu lassen. Herr Müller gab als Fraktionsredner der „scharfen Mißbilligung“ seiner Freunde über den Erlaß der Bäckerei-Verordnung Ausdruck, „weil wir nicht der Meinung sind, daß diese Verordnung dem Arbeiterschuß-Gesetz entspricht“. Er bestritt, daß die Kommission für Arbeiterstatistik den Nachweis erbracht hat, daß die Arbeit in Bäckereien gesundheitschädlich ist, er richtet heftige Angriffe gegen die Kommission. „Ich will nicht, daß um die Ecke herum durch eine Kommission, die ein Zwischending zwischen einer staatlichen Behörde und einer Dilettantenkommission ist, derartige Experimente an dem Leib des Handwerks gemacht werden.“ Er erklärt zwar, indem er sich in gereiztem Ton, „jede anglische Bemerkung von irgend einer Seite“ verbittet, daß er nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß das Arbeiterschuß-Gesetz von 1890/91 auszuführen sei, aber „man soll nicht gewissen Liebhabereien für Weltverbesserung nachgehen und damit eine Gesetzgebung erweitern wollen, die keineswegs bisher verbannt worden ist.“

In den Organisationen der Arbeiter sieht Herr Müller eine bedrohliche Gefahr. Jede weitere Ausdehnung und geschlechte Festigung derselben bemüht er sich seit jeher zu verhindern. Schon jede selbständige Bewegung der Krankenkassen ist ihm ein Dorn im Auge, schon in jedem Rechte derselben wittert er eine Gefahr. Charakteristisch ist in dieser Beziehung folgende Äußerung, die Herr Müller in der Anschließung des Centralverbands deutscher Industrieller am 26. Mai 1897 that:

„Ich will nur ein paar ganz kleine Ergänzungen geben zu dem, was der Redner (Zende) gesagt hat. Meine Herren, das betrifft zunächst die Frage wegen der Zurückschraubung der Karenzzeit von 13 auf 4 Wochen und der Remedur, die nachher die Kommission daran gemacht hat, indem sie allerdings nicht die Karenzzeit zurückgeschraubt hat, wohl aber ihnen die Kosten größtenteils aufbürdet. Dabei habe ich schon mit verschiedenen Reichstags-Mitgliedern darüber gesprochen, es hat aber in der Kommission keine Beachtung gefunden, und das wäre absolut nötig gewesen — daß Bestimmungen darüber getroffen werden, daß die Krankenkassen den Versicherungsbeiträgen nicht mehr an ärztlichen Kosten liquidieren können, als sie nach ihren Verträgen mit den Ärzten selbst zu zahlen haben würden. Es liegt sonst die schwere Gefahr vor, daß bei den zahlreichen socialdemokratisch organisierten Kassen, die ja ohnehin die Ärzte vollständig unter der Fuchtel haben, so daß, wie ich meine, im Reichstags unwiderprochen genehmert worden ist, es Krankenkassen gebe, die den Ärzten auferlegen, von ihren Gebühren, die sie von den Kassen beziehen, 25 Proz. an die socialdemokratische Partei abzuführen. (Bewegung und Hört! hört!) Also, wenn derartige Dinge schon passiert sind, dann würden wir höchstwahrscheinlich zu erwarten haben, daß, wenn wir nicht Sicherheit eintreten lassen, die Krankenkassen-Vorstände in der gewissenhaftesten Weise den Ärzten dafür, daß sie billiger ihre Kassengeschäfte betreiben, die Schenkung der Versicherungsbeiträge freistellen. (Sehr wahr!) Also nach dieser Richtung hin muß irgend eine Sicherheit gegeben werden.“

Irgendwelchen Beweis für diese von ihm kolportierte Behandlung der Ärzte und der Berufsvereinigungen durch die Krankenkassen hat natürlich weder Herr Müller noch sonst jemand erbracht oder auch nur zu erbringen versucht.

Endlich sei an die Stellung des Herrn Müller zu **Ausnahme- und Zuchthausgesetzen** erinnert. 1892 sagte Herr Müller in Düsseldorf wörtlich:

„Gegen die Umsturzvorlage, wie sie gebracht wurde, waren schon anfangs erhebliche Bedenken vorhanden; ich meine eben das Ergebnis, welches die Kommissionsberatung gehabt hat, braudt uns in keiner Weise zu betrüben. Wenn, wie ich hoffe, der Erfolg der sein wird, daß schließlich, wenn die Vorlage in der Kommissionsfassung Annahme findet, die Regierung die Vorlage nicht zum Gesetz werden läßt, so wird ein aus diesen Verhandlungen hervorgehen, nämlich, daß, wenn man gegen die Umstürzler vorgehen will, das heißt, gesetzlich, dies nicht im Wege der ordentlichen Gesetzgebung geschehen kann, sondern dann der einzige vernünftige Weg der **Ausnahmegesetzgebung** sei.“

Und noch jüngst, am 20. April d. J., bedauerte der jetzige preussische Handelsminister das Scheitern der Zuchthausvorlage, aus der nach seiner Ansicht der gute Kern wohl hätte herausgeholt werden können.

#### Der neue Polizeiminister.

Der zum Minister des Innern ernannte Herr v. Hammerstein führte bisher in Regh ein Verwaltungssystem, das selbst für reichsständische Verhältnisse ungewöhnlich reaktionär war. Unter ihm erfolgten massenhafte Verbote und Auflösungen politischer Versammlungen. Neuerdings wurden sogar gewerkschaftliche Organisationen nicht genehmigt, trotz der gegenständlichen richterlichen Entscheidungen über die Geltung des § 152 der Gewerbe-Ordnung.

Herr v. Hammerstein wird also sicherlich nicht hinter Vorgängern wie Müller und Rede zurückstehen.

#### Wie Miquel erkrankte.

Die Gründe, warum Miquel urplötzlich so schwer erkrankte, daß er widerwillig sein Ministeramt abgeben mußte, sind mit Sicherheit nicht anzugeben. Die Thatsache scheint sicher, daß er vom Kaiser schon seit 2 Jahren nicht mehr empfangen worden ist.

Ueber das Verhältnis Miquels zum Grafen Bälou sagt die „Voss. Ztg.“: „Ob Herr v. Miquel die Ernennung des Grafen Bälou zum Reichskanzler und Ministerpräsidenten willkommen war, wer will es wissen? Aber man könnte es begreifen, wenn dem Grafen

Bälou nichts unerwünschter war, als seine Regierung in Preußen mit dem Kanallampf zu eröffnen. Er hatte sich für die Kanalfrage bis dahin kaum interessiert, er hatte sich für sie nicht ereifert, er war nicht vorbereitet, sie mit aller Ebnkraft durchzuführen. Ihm wäre also, wie man annehmen darf, eine Wartezeit nicht unlieb gewesen. Da war es im Staatsministerium kein anderer als Herr v. Miquel, der die sofortige Einbringung der Kanalvorlage verlangte und durchsetzte. Den Kanal? Wir reizen ihn schon durch!“ Der Ministerpräsident sagte sich, weil auch ihm daran liegen mußte, die Autorität der Krone zu wahren. Aber da ihm nicht überlassen werden sollte, den Zeitpunkt für den Kampf zu bestimmen, so gab er die Führung des Kampfs in erster Reihe auch dem zuverlässigen Vizepräsidenten des Staatsministeriums anheim. Ob Herr v. Miquel hoffte, mit der Kanalvorlage den Grafen Bälou in eine Lage zu bringen, die ihn zum Rücktritt nötigen könnte, ist nicht festzustellen. Er sagt hat er noch vor kurzem, Bälou werde sich früher abwirtschaften als er. Aber vielleicht war ihm nicht bekannt, daß schon vor Monaten das Wort gesprochen war: „Wenn der Kanal diesmal fällt, so steigt Miquel.“ Und als sicher war, daß der Kanal diesmal falle, da machte Herr v. Miquel in der vertraulichen Beratung der Staatsminister den Vorschlag, das Abgeordnetenhaus nicht nur zu schließen, sondern es aufzulösen. Neuwahlen, so lange Miquel im Ministerium sitzt? Ach nein, daran dachte Graf Bälou nicht einen Augenblick. Darüber kann man mit anderen Ministern reden. Und somit wurde nur der Schluss der Session vereinbart. Und Herr v. Miquel wollte nicht einsehen, daß er nun gehen konnte. Da mußte er dann freilich „fliegen“. Nur daß es ihm erspart wurde, durch Herrn v. Lucanus zur Einreichung des Entlassungsgesuchs aufgefordert zu werden. Es ist richtig, daß sich der Reichskanzler selbst der Wähe unterzog, Herrn v. Miquel auf die Gesundheitsrückfichten hinzuweisen, und so wurden im Kabinett die Koffer gepackt und wurde Herr v. Miquel „aus allerhöchstem Vertrauen“ Mitglied des Herrenhauses.“

Die „Staatsbürger-Zeitung“, die den einseitigen Vetter der Dicoconto-Gesellschaft und vielfachen Gründer seit langem in antisemitischer Färslichkeit liebt und fast das einzige Berliner Blatt ist, das Herrn v. Miquel einen ehrenden Nachruf widmet, erklärt gerade heraus, Miquel scheidet in Ungnade. Ferner sagt das genannte Blatt:

„Thatsache ist, daß bei der vertraulichen Besprechung des Staatsministeriums am Donnerstagsmorgen von einem Ministerwechsel keine Rede gewesen ist, und daß die Mitglieder des Staatsministeriums einhellig dem Vorschlag ihres Präsidenten auf Absetzung der Kanalvorlage durch Schließung der Session ihre Zustimmung gaben. . . Erst am Vormittag des Freitag änderte sich die Sachlage, indem Graf v. Bälou seinem Kollegen die leidene Schür überbande und ihm durch den Chef der Reichskanzlei Herrn v. Wilmsowski in freundschaftlicher Weise mitteilen ließ, er sei gern bereit, ein Entlassungsgesuch des Herrn v. Miquel zu befürworten. Dies ist die kurze Vorgeschichte des Ausscheidens des Herrn v. Miquel aus dem Staatsministerium. Wenn dieser sein Entlassungsgesuch offiziell mit Gesundheitsrückfichten begründete, so verweisen wir darauf, daß noch in keinem Demissionsgesuch eines preussischen Staatsbeamten diese Begründung gelehrt hat, daß aber fast in keinem Fall diese Begründung zutreffend gewesen ist.“

#### Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Mai.

#### Der Reichstag

erledigte am Montag die zweite Beratung des Wein-gesetzes. Die Debatte hielt sich in engen Grenzen. Ueberall wurden die Kommissionsbeschlüsse aufrecht erhalten, die die Regierungsvorlage in verschiedenen Punkten scharfer gefaßt und den Juristen wesentliche Zugeständnisse gemacht haben.

Gleich der § 1 setzt mit einer Definition des Begriffs „Wein“ ein, die die Gerichte veranlassen kann, auch Wein, der mit einem erlaubten Zusatz wässriger Zuderlösung versehen ist, zu beanstanden. Staatssekretär Graf Vosadowski suchte diese Befürchtung durch die Erklärung zu zerstreuen, daß die Gerichte den Inhalt der Kommissionsverhandlungen, die zum Zustandekommen der Fassung des § 1 geführt, in Betracht ziehen und so vor einer rigorosen Interpretation bewahrt werden würden.

In zwei Stellen setzte eine lebhafte Debatte ein. § 2 operiert mit dem Begriff „Befchaffenheit“. Wein mit wässrigem Zuderzusatz soll als Naturwein gelten, wenn er in seiner Befchaffenheit und in seinem Gehalt an Extraktstoffen dem Durchschnitt der ungeduzerten und ungewässerten Weine des Weinbaubezirks, nach dem er seinen Namen führt, entspricht. Der Gehalt an Extraktstoffen und Mineralstoffen kann durch die Wage des Chemikers festgestellt werden, die Befchaffenheit aber kann nur die Zunge des Sachverständigen prüfen. Ein freisinniger Antrag, für den auch unsre Partei stimmte, machte den Versuch, dies subjektive Moment auszuschalten, wurde jedoch abgelehnt.

In der Frage der Kellerkontrolle trennten wir uns von den Freisinnigen. Während sie für die Winger und Weinändler die Polizeikontrolle befürchten, stand uns das Interesse des Konsumenten näher, der in der bürgerlichen Gesellschaft nur durch exakte Nahrungsmittel-Kontrolle vor Betrug geschützt werden kann. Bei der Abstimmung wurde die Keller-Kontrolle aufrecht erhalten.

Die Verhandlung über die Resolutionen wurde verschoben. Es befanden sich zwei in der Welle agrarisch gefärbte Wünsche darunter, die darauf hinauslaufen, die Einfuhr italienischen Rotweins zu erschweren und im künftigen

#### Die Inspektions-Gebühr

beträgt für die festgesetzte Rotweinsgebühren ober deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Versammlungen und Versammlungen 20 Pfg., „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg., nur das erste Wort frei. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Korrekturen  
„Socialdemokrat Berlin“



Holltarif höhere Weinzölle vorzuziehen. Hierüber war namentlich die Abstimmung beantragt, der das schwachbesetzte Haus nicht standgehalten hätte. Dienstag kommen die drei Interpellationen an die Reihe. Dem Drängen fast aller Parteien entsprechend sagte der Präsident die demnächstige Verhandlung des Diätenantrags zu.

### Aus Miquels Vergangenheit.

Man schreibt uns: Jetzt wo Miquel endgültig von der politischen Bühne abgetreten ist, regen sich naturgemäß manche Erinnerungen, die bisher nur einem engeren Kreis zugänglich waren. Dazu rechnen allerlei Erfahrungen, welche die Stadt Frankfurt a. Main mit ihrem ehemaligen Oberbürgermeister in der Zeit seines Wirkens von 1880 bis 1890 gemacht hat und die noch nicht sehr bekannt geworden sind. Es giebt nämlich heute noch einflussreiche Stellen, die solche Erfahrungen nicht bekannt werden lassen möchten. Man braucht nur die beiden Artikel zu vergleichen, welche die „Freisinnige Zeitung“ Eugen Richters und die „Frankfurter Zeitung“ Leopold Sonnemanns dem gestürzten Miquel widmen. Richter polemisiert ehrlich los und giebt ein ganz hübsches Sündenregister des gretchenhaften Finanzministers und Vorkämpfers, den Preußen an verantwortlicher Stelle hatte. Die „Frankf. Ztg.“ dagegen schlägt sanftere Töne an. Sie lamm natürlich die unheilvolle reaktionäre und fiskalische Wirkung der Miquelschen Ministerzeit nicht hinwegdisputieren, aber sie vergoldet ihre Kritik mit liebevollen Wendungen von der angeblichen Tiefe des sozialpolitischen und finanziellen Gemüts Miquels, das uns in diesen rauhen realpolitischen Zeiten nicht habe zur Entfaltung kommen können. Aus diesen schüchternen Sympathie-bezeugungen klingt das Gefühl eines gewissen Mitleids. Bürgerliche Demokraten sind es gewesen, die dem listigen Hannoveraner den Frankfurter Oberbürgermeistersessel zurecht machen halfen, von dem er dann höher stieg. Ein demokratischer Frankfurter Stadtrat soll sogar noch nach Miquels Berufung auf den preussischen Ministerposten leise gehofft haben, daß ihm ein sozialpolitischer Geheimratsposten in Berlin blühe, von dem aus er der Welt zeigen könne, wie die Sozialreform angepackt werden müsse. Kurz und gut: Die wackre „freisinnige“ Bourgeois von Frankfurt a. M. ließ sich von dem schlauen Miquel so gründlich über den Köpfen barbarieren, daß der Vielgewandte nachträglich noch oft im Kassenwäldchen über den Hauptpfah gelacht haben mag, wie er in seiner Frankfurter Oberbürgermeisterzeit die guten Leute an der Nase herumgeführt hat.

Namentlich war es die sociale Phrase und die sozialpolitische Projektionemacherei, mit der er leichtgläubige Verehrer bei den bürgerlichen Demokraten fand. Ernsthafte Sozialpolitik mit Arbeitern zusammen können sündende Volksparteier ja nicht treiben, weil sie der Klassengegensatz zu den Proletariaten daran hindert und ihnen infolge dessen jede wirkliche Verbindung mit Arbeitern fehlt. Desto willkommener war deshalb ein Vorkämpfer, der mit elegantem Wort und großer Geste sozialpolitische Pläne zu entwerfen verstand, die nur das eine gemeinsam hatten, daß sie eben stets — Worte blieben. Mittergold statt bare Münze! So sprach Miquel einmal in Frankfurt am Main in einer wissenschaftlichen Gesellschaft über die Wandelbarkeit der Eigentumsbegriffe wie ein alter Kommunist, und alles war entzückt über seine wissenschaftliche Unbefangenheit und Vorurteilslosigkeit. Er gab anfangs der 80er Jahre für die alte Mainstadt mit ihrer seit Vassalle kräftigen und lebhaften Arbeiterbewegung die erste Anregung zu einer Art Kommunalisierung der Arbeitsvermittlung für Deutschland überhaupt, lange vor der ersten Stuttgarter Gründung dieser Art. Doch er damit die gewerkschaftliche Bewegung nicht fördern, sondern ihr eher einen Zahn ausbrechen wollte, ist sicher. Demokratische Sozialpolitik. Schwören aber heute noch auf das Miquelsche Rezept. Ende der 1880er Jahre bezogte Miquel in Frankfurt einmal die Generalversammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege mit einer großen Rede von mächtiger Augenblickswirkung über die öffentlichen Aufgaben auf dem Gebiete der Wohnungsnot. Wenn man ihn hörte, mußte man glauben, einen Bahndreher für energische städtische Maßnahmen vor sich zu haben. Wir werden gleich sehen, wie es in Wirklichkeit stand.

Als nämlich Miquel glänzend im Juni 1890 zu Höherem, längst Ersehntem berufen war, zeigte sich allmählich, was er thätig auf dem Oberbürgermeisterposten geschafft hatte. Wäre es der Frankfurter Socialdemokratie schon damals gelungen, einen roten Hecht in den demokratisch-freisinnigen städtischen Karpenteich, die Stadtverordneten-Versammlung, zu bringen, und nicht erst zehn Jahre später, so hätte den Spuren Miquelscher Wirksamkeit natürlich noch viel gründlicher nachgegangen werden können. So waren die Arbeiter immer nur auf das Wenige angewiesen, was sie von außen beobachten konnten; aber sie sahen genug. Nach dem demokratisch-freisinnigen Alltags war Miquel auch für die städtische Verwaltung der große Finanz- und Reformator gewesen. Da entlebte sich plötzlich im September 1894 der Stadtkassierer Fischer, ein Liebling der Miquelschen Verwaltung, im Amt reich geworden wie sein Herr, und es stellte sich heraus, daß der gute Mann unter den Augen des größten preussischen Finanzgenies und seit Jahrzehnten Millionen aus der Staatskasse hatte unterschlagen und seine Töchter und Schwiegerkinder mit dem gestohlenen Geld fürstlich ausstatten können. Der amtliche Bericht der zur Untersuchung des Frankfurter Stadtpanamas eingesetzten städtischen Kommission stellte hinterher tröstlich fest, daß die „Reformen von 1880“ (Miquels Amtszeit) es unterließen, die Führung eines den Kassierer kontrollierenden, von einem Sachhalter zu führenden Gegenbuchs vorzuschreiben, und daß sie damit, „der bisher möglich gewesen, von Fischer thätig geübten Art der Falschungen keinerlei Hindernis bereitet“. Das ist gewiß schonend ausgedrückt und dabei natürlich nur ein kleiner Ausschnitt aus der Wirklichkeit, an der die Untersuchenden selbst ja in so hohem Grade mitschuldig waren. Und wie der Millionenbetrugand Fischer ein besonderer Liebling und Vertrauensmann des Frankfurter Oberbürgermeisters Miquel war, womit natürlich nicht auch nur im entferntesten angedeutet werden soll, daß der spätere preussische Finanzminister eine Ahnung von der Unrechtheit seines Untergebenen hatte, so wurde unter Miquel überhaupt die städtische Verwaltung durchwegs von Günstlingen, die durch persönliche Beziehungen in Amt und Würden kamen. Reaktionäre Schulräte, die in der Pfalz einst für das Miquelsche Reichstagsmandat gut agitiert hatten, gelangten in gut bezahlte Frankfurter Stellen, kleinerer Bedienstete, die sich zu schmeigeln wußten wie der Esel, in kleinere Posten, so daß heute noch teilweise die Stadtverwaltung an dieser Hinterlassenschaft leidet. Für ernste sociale Dinge dagegen geschah im Gegenfah zu den brillanten Neben Miquels fast gar nichts. Speziell in der Wohnungspolitik wurde weder für zeitigen und damals sehr billig möglichen Erwerb von Grund und Boden für die Stadt, noch für Wohnungsbau gesorgt. Daß heute in Frankfurt a. M. die Wohnungsnot und -Zerwerung geradezu trasse Formen angenommen hat, ist ein wesentliches Verdienst der Miquelschen wortreichen, aber thallosen Zeit. Ebenso wurden eine Menge anderer Kultur-aufgaben aus fiskalischem Interesse umgebilligt weit zurückgestellt, so daß sie sich später, nach Miquels Abgang, in einer für die Finanzen und die Verwaltung der Stadt sehr nachteiligen Weise drängten und häuften. Ueberall war das Zeichen der Miquelschen Vergangenheit: Blendwerk noch außen, hohl im Innern!

Aus solch einer Thätigkeit heraus holte nach einem Festdiner im Frankfurter Palmengarten, bei dem Miquel wieder großartig geistreich geplaudert hatte, Wilhelm II. den Vielgewandten mit den Worten: „Sie sind mein Mann!“ zum Finanzminister und zweiten Ministerpräsidenten. Die Folge entsprach der Vergangenheit...

### Deutsches Reich.

Kein Nachfolger Miquels. Herr v. Miquel war nicht nur Finanzminister, sondern auch Vizepräsident des Ministeriums. Auf dem letzteren Posten wird er keinen Nachfolger erhalten. Künftig soll als Vizepräsident der jetzige älteste Minister fungieren.

**Möllers Opfer.** Herrn Möllers patriotische Leistung der Annahme des Ministerpostens ist um so höher zu bewerten in Erinnerung an all das, was er zum Opfer bringt. Der neue Handelsminister gehört bisher bei der Aktiengesellschaft für Kohlen-destillation in Guntzheim dem Aufsichtsrat an. Ebenso gehört er dem Aufsichtsrat der Vieselfelder mechanischen Weberei und der Ravensberger Spinnerei an. Auch für das Versicherungswesen hat Herr Möller seine Anteilnahme bekundet; er gehört der Verwaltung der Union, Versicherungsgesellschaft zu Berlin und des Deutschen Anker zu Berlin an. Endlich ist er Vorsitzender des Aufsichtsrats der Weisfällischen Bank in Viesefeld. Dies alles soll Herr Möller aufgeben. Dafür ist er Minister und Excellenz.

**Ein Bülow-Konkurrent.** Wer plötzlich bei uns ein Ministeramt erhält, der wird von den Zeitungs-Offizieren neuerdings nicht nur mit dem nötigen Verstand ausgezeichnet, sondern er kriegt noch das Prädikat auerlesener Schönheit mit. Seitdem Bülows Eleganz und Gracielichkeit in die Erscheinung getreten, und seitdem Scherls „Woge“ für die Verbreitung des körperlichen so eifrig sorgt, müssen unsere Minister eben auch künstlerisch wirken und über photographierbare Schönheit verfügen.

Gestern war Herr Möller noch ein simpler Abgeordneter, den die Journalisten am liebsten „auf der Tribüne“ unverständlich sein ließen, weil er gar so trostlos langweilig war. Auch seine leiblichen Reize waren bisher niemandem aufgefallen. Heute aber erhält der Minister Möller telegraphisch die folgenden Vorzüge in der „Münchener Allgemeinen Zeitung“:

1. eine hochragende Gestalt mit einer an den Militär erinnernden Strammheit;
2. einen durchdringenden Blick;
3. von Lebensfröhlichkeit und Energie zeugende Augen;
4. gewölbte Stirn.

Danach scheint das schönste Mittel, schön zu werden, darin zu bestehen, daß man ins Ministerium kommt.

Einfacher hat übrigens der Kaiser den neuen Minister gezeichnet. Wilhelm II. soll nämlich, nach dem „Local-Anzeiger“, einmal geäußert haben: „Den langen Möller kann ich noch einmal gut brauchen.“

**Nationalsoziale Späße.** v. Gerlach, der Führer der National-socialen, langweilt sich in der Einsamkeit seines Vereins und sieht darum das Bedürfnis, mit andern Kreisen in Unterhaltung zu kommen. So erklärlich seine Reizung, die Socialdemokratie, speziell den „Vorwärts“ bei jeder Gelegenheit polemisch herauszufordern, und da er dies allemal am Montag thut und wir am Montag nach der friedlichen Sonntagstakt zumeist gar menschenfreundlich gestimmt sind, gelingt es ihm zumeist eine Antwort und damit eine Unterhaltung zu erzielen.

Neulich glaubte er einen Brief des österreichischen Genossen Daszynski über den Militarismus gegen uns auszuspielen zu können. Wir druckten den Brief einfach ab und erklärten uns mit ihm einverstanden. Daszynski's Schreiben enthielt auch den Satz: „Ob man Volksrechte gegen militärische Forderungen tauschen kann, hängt ab von der Natur der Rechte und der Forderungen.“ An diesem Satz möchte man höchstens die allzu große Selbstverständlichkeit aussetzen. Im Munde eines Socialdemokraten konnte es natürlich nur bedeuten: Wir tauschen gern Volksrechte, wenn es socialistische Volksrechte sind, ein gegen Militärforderungen, sofern es socialistische Militärforderungen sind. Herr v. Gerlach aber streift den Vorbehalt hinsichtlich der Forderungen, und indem er den Einsätzlichen — seien wir höflich — spielt, schamugelt er statt socialistischen Militärforderungen den heutigen Militarismus ein und ruft mit dem ganzen schönen Habitus aus: „Es ist erreicht!“ Jetzt erklärt sich das socialdemokratische Centralorgan namens der gesamten deutschen Socialdemokratie grundsätzlich für die Zulässigkeit der Bewilligung von Militärforderungen, wenn im Zug dagegen Volksrechte eingehandelt werden können.“ Dieser nützlich überzogene Einsatz wird dem national-socialen Führer überdies nur dadurch möglich, daß er geistlich seine Citierung des „Vorwärts“ an der entscheidenden Stelle abbricht. v. Gerlach fährt zwar mit dem Satz an: „Diese Ausführungen Daszynski's decken sich durchaus mit unsren Anschauungen und der Haltung der deutschen Socialdemokratie in Militärforderungen“, unterläßt aber die zum Verständnis notwendigen darauffolgenden Worte: „Genosse Daszynski ist mit uns Segner des Militarismus und will mit uns, daß die Arbeiterklasse Forderungen zur Wehrhaftmachung des Volkes nur für sich selbst bewilligt.“

Obwohl nun v. Gerlach nur mit Hilfe eines böswillig verfaßten Citats den „Vorwärts“ zu „Carakterisieren“ im Stande ist, so hat er nicht einmal die ganz schauderhafte Wahrheit zu enthüllen vermocht.

Das Centralorgan der deutschen Socialdemokratie ist nicht einmal so anspruchslos wie Genosse Daszynski. Es wäre ja ein hübscher Gedanke, socialistische Volksrechte gegen socialistische Militärforderungen, etwa die demokratische Verfassung gegen die Willkür einzutauschen, nur fürchten wir, so lange die kapitalistische-bürgerliche Welt besteht, werden wir niemals in die Verlegenheit geraten, daß man an uns derartige Forderungen richtet und sich bereit erklärt, uns ein nettes Volksrecht obendrein zu gewähren. So auszuweichen ist unsre Phantasie nicht, so unbeschaiden nicht unser Wünsch. Darum erklären wir, auf daß Herr v. Gerlach sich freue, die deutsche Socialdemokratie ist bereit, sogar ohne jede Kompensation, ohne irgend einen Zauber, irgend eine Gegenforderung, Militärforderungen zu bewilligen — vorausgesetzt, daß sie dem Punkt 3 der Gegenwartsforderungen in unsrem Erklärungsprogramm entsprechen: „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.“

Wir hegen die Besorgnis, daß wir niemals in die Lage kommen werden — auch ohne Gegenleistung — Militärforderungen bewilligen zu dürfen.

**Ein großer Sieg der Deutschen in China.** Endlich kommt die Nachricht von einem Siege der Deutschen, den kein Feind im Ausland zu verkleinern wagen wird. Aus Peking wird von einem Scherlschen Special-Berichtshatter gelandet:

„Bei den heutigen großen Rennen in Peking errang der deutsche Gesundheits-Secretär v. Wohlen mit einem Pferde des deutschen Rennkalks den ersten Preis.“

Nun kann Baldersee ruhig zurückkehren! Dieses Pferd wird dem Einzigen die nötige feierliche Weihe geben.

**Das Dresdener Antisemititenblatt „Deutsche Wacht“** kämpft seit Jahren mit großen finanziellen Schwierigkeiten. Da der unrentable Geschäftsbetrieb in der bisherigen Weise nicht fortzuführen war, beschloßen die Aktionäre die Liquidation. In der betreffenden Hauptversammlung ging es, wie uns aus Dresden geschrieben wird, sehr stürmisch zu. Die Hauptschuld an dem Niedergang des Blatts wurde den kaufmännischen Leitern der Firma zugeschoben, während diese erwiderten, daß die antisemitische Haltung der Wacht die Hauptursachen — und das seien die jüdischen Ladeninhaber — vom Insurrenten abholte, wodurch das Blatt der größten Zeitungs-Einnahmequelle verlustig gehe. Trotz der zur Schan getragenen zuverlässigen Meinung über die Zukunft des Blatts war kein Aktionär zu bewegen, den Verlag zu übernehmen. Auch die langwierigen Verhandlungen mit begüterten Partei-Angehörigen führten zu keinem Ziele. Jetzt ist es endlich gelungen, einem reichen österreichischen antisemitischen Zeitungsverleger das Blatt anzuhängen. Der neue Verleger ist der Schönerer'sche Faber aus Strens in Niederösterreich, bekannt als Vorkämpfer der österreichischen Gewerbevereine. Er gehört zu den Zeitungs-Großindustriellen. Er ist bereits Eigentümer mehrerer deutsch-radikaler Blätter. Für die Wochenschrift dieses Verlegers ist besonders Herr Zimmermann sehr thätig gewesen, weil er sich den österreichischen Deutschradikalen am verwandtesten fühlt.

**Wegen Soldatenmishandlung** hatte sich der Unteroffizier Anger vom Grenadier-Regiment Nr. 127 in Ulm vor dem Kriegsgericht der 27. Division zu verantworten. Anger hatte am 19. März ex. den Grenadier Weber, der am Abend die Stiefel nach Ansicht des Unteroffiziers nicht rechtzeitig gepußt und vorgezeigt hatte, durch

Hausschläge gegen das Kinn mishandelt, ihn gegen die Bettlade gedrückt und gewürgt. Weber wurde als ein fleißiger, ordnungsliebender Soldat geschilbert, der nur etwas langsamer in der Arbeit ist und daher Geduld erfordert. Die Anklage beantragte unter Hinweis auf die in letzter Zeit sich in bedauerlicher Weise mehrenden Soldatenmishandlungen eine Strafe von fünf Wochen Mittelarrest. Das Gericht ging aber über das beantragte Strafmaß noch hinaus und erkannte auf 6 Wochen Mittelarrest. Es fiel bei der Abmessung ersaherend ins Gewicht, daß erst wenige Tage vor dem der Anklage zu Grunde liegenden Vorfall den Unteroffizieren des Regiments eingeschärft worden war, die Mannschaften gut zu behandeln.

### Miquels Anfang.

Da Miquel aus dem politischen Leben verschwindet, darf nochmals an den vielbesprochenen Brief erinnert werden, den er als Jüngling an Karl Marx schrieb und den Bebel zu Miquels schwerstem Verdruß der Öffentlichkeit übergab. Der junge Miquel schrieb:

„Es wäre nun freilich eine Dummheit, wollte ich verlangen, daß Sie mir gleich alles Vertrauen schenken, damit Sie aber doch etwas von meiner Vergangenheit wissen, bemerke ich, daß ich mit Blind in H. (Heidelberg) studierte, dort vor der Revolution zu der „radikalen Partei“ gehörte, als solcher die Revolution wie alle andern „Ideen“ verfocht, nach Hannover geschickt wurde, um Bauern-Aufstände zu organisieren, von da an in Göttingen anfangs in Kleinbürgerlichem Sinne die gelehrtschulrathliche und Whistlerpartei aus dem Felde schlagen half und endlich eine Arbeiterpartei zu organisieren suchte. Sie sehen, meine Vergangenheit bietet wenig Garantien. Es ist wahr, ich für meinen Teil kann nichts weiter thun, als Sie versichern, daß ihre Zwecke die meinigen sind. Kommunist und — Arbeiter, will ich, wie Sie, die Diktatur der Arbeiterklasse! Meine Mittel wähle ich einzig und allein nach der Zweckmäßigkeit. Dadurch aber trenne ich mich von Ihnen, daß ich fest überzeugt bin: die nächste Revolution bringt das Kleinbürgertum ans Ruder, die Arbeiterpartei wird den Sieg erringen, der hohen Bourgeoisie und den feudalen Resten gegenüber, dann aber von den Demokraten beiseite geschoben werden. Wir könnten die Revolution auf einige Zeit in eine antichristliche Richtung bringen, wir könnten vielleicht schon Grundbedingungen der bürgerlichen Produktion vernichten, das Kleinbürgertum niederzertreten, ist unmöglich. So viel als möglich erringen, das ist mein Wahlspruch, und dadurch bin ich auf immer der Ihrige. Wir müssen eine Organisation der Kleinbürger so lange als möglich nach dem ersten Sieg verhindern, namentlich mit geschlossener Polanz gegen jede konstituierende Versammlung opponieren. Der partikuläre Terrorismus, die lokale Anarchie müssen uns erschrecken, was uns im großen abgeht. Klassenbewußtsein fehlt den meisten deutschen Arbeitern gänzlich, wir müssen den individuellen Haß, die Rachsucht der Bauern gegen den Zuckerer, die Erbitterung des Tagelöhners gegen den „Herrn“ ausbilden. Wir müssen an allen einzelnen Stationen so rasch und eindringlich terrorisieren, daß wir den demokratischen Rückwärtlern bei Vollendung ihrer Organisation als vollkommen siegreiche Macht entgegenzutreten können, und diese Organisation muß so lange als möglich hinausgeschoben werden, damit in der Revolution sich das Klassenbewußtsein erst bilden kann. Wir dürfen die Kleinbürger nicht zu Asten kommen lassen, wir müssen durch die Kleinbürger eigene Mittel die revolutionäre Saat auf die Spitze treiben, dann gelingt es uns vielleicht, für kurze Zeit die Diktatur unserer Partei durchzusetzen. Aber wie das machen ohne gemeinsamen Plan, ohne oberste Leitung, ohne gemeinsamen Willen der Führer? Das sagte ich mir schon vor einem Jahre. Vergebens suchte ich wie mit einer Blendlaterne, ich fand von dem so abgelegenen Göttingen aus, wo ich nicht fort konnte, nichts. Schon sah ich mich auf mich allein angewiesen und begann mit meinen nächsten Fremden einen Bund zu gründen, dessen letzter Zweck der Kommunismus, dessen oberster Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel und dessen erstes Gesetz unbedingter Gehorsam war, zu stiften, als ich von London aus (Sie werden meine Ausdrucksweise unter den jetzigen Umständen verstehen) die ersten Genossen fand. Ich bitte Sie jetzt, mir Statuten und Gesetze resp. Befehle zu schicken. Die Politik hat in diesem Augenblick ein sehr wassames Auge auf mich, ich nehme jedoch die Charge als Vorwand nur an, wenn ich wieder nach G. zurückkehren kann.“

### Ausland.

#### Oesterreich-Ungarn.

**Der gerüffelte Thronfolger.** Nach der Meldung der „Täglichen Rundschau“ ist an sämtliche Erzherzöge ein kaiserliches Handschreiben ergangen, in welchem die Bestimmungen des Hausgesetzes in Erinnerung gebracht werden, wonach die Uebernahme des Protektorats über Vereine von vorheriger Zustimmung des Kaisers abhängig ist.

#### Schweden.

**Stockholm, 6. Mai.** Die Reichstagskommission zur Vorbereitung der Regierungsvorlage betreffend die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und eine durchgreifende Neu-Organisation des Heeres und der Flotte erstattete heute ihren Bericht. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder befürwortet den Anschluß an die Regierungsvorlage, welche eine Vermehrung des Budgets für die Verteidigung Schwedens um 2 1/2 Millionen Kronen bedeutet, wobei das künftige Jahresbudget für die Verteidigung zu Lande auf 45 Millionen und für die Verteidigung zur See auf 14 Millionen Kronen steigt.

#### England.

**Die Kohlenarbeiter und der Kohlen-Ausfuhrzoll.** Der „Ath. West. Ztg.“ wird aus London geschrieben:

Ein Resolutionsentwurf gegen den Staat, gegen die Regierung, — das ist das neueste Resultat der Steuerreform des englischen Schatzkanzlers, der mit dem druckhaftigsten Eifer auf Kohlen in ein böses Weipennest gestochen hat. Der Widerstand der Arbeiter und Arbeitervereine den Minister Hicks-Beach und seine Kohlensteuer nimmt eine immer drohendere Gestalt an, und gestern Abend ist dem Schatzkanzler ein „Ultimatum“ zugegangen, welches von den Delegierten der Föderation der Minenarbeiter nach längerer Beratung am gestrigen Vormittag aufgestellt wurde und welches in schlichten Worten den Arbeitern anempfiehlt, an einem noch näher zu bestimmenden Tage die Arbeit niederzulegen, falls die Exportsteuer auf Kohlen bis dahin nicht zurückgezogen worden sein sollte. Die betreffenden Delegierten vertreten über 600 000 Bergleute, und wie es heißt, sind sie dieser Zahl von Streikern bereits ganz sicher, während sie andererseits erwarten, daß nicht weniger als 700 000 Arbeiter in England, Schottland und Wales dem Aufzuge zum Kampfe gegen die Absichten der Regierung Folge leisten werden. Das wunderbarste bei diesem drohenden Streik ist die Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zwischen den Grubenbesitzern und ihren Arbeitern, die, wie es heißt, mit wenigen Ausnahmen, sich vollständig einig über die weitere Organisation des Kampfs gegen den Kohlenzoll zu sein scheinen. Der Streik würde also in jeder Hinsicht eine Kontinuität sein, da er das gerade Gegenteil von einer Meinungsverschiedenheit zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zur Grundlage hat und bezweckt, und diese Einigkeit zwischen der beiden Streikfaktoren — hervorgerufen und gefördert wie sie zweifellos durch die Grubenbesitzer ist — giebt sogar schon einigen übereifrigen Mitgliedern des Parlaments, speziell soweit sie der Jurisprudenz angehören, Veranlassung, an der Hand gewisser Gesetzparagraphen von einer „Verschwörung“ gegen die Interessen



des Staats" zu sprechen und nach den gehörigen Gegenmaßnahmen zu forschen, wobei natürlich nicht viel Geheimes zum Vorschein kommt. Der Streik würde allerdings in seiner Wirkung weit über die Grenzen des sozialen Gebiets der Kohleninteressenten hinausgehen. Es heißt, daß angeblich höchstens für den Bedarf einer Woche ausreichende Quanten von Kohlen zutage gefördert liegen, und daß, wenn der Streik in dem gefährdeten Umfange Thatsache werden sollte, innerhalb 3 bis 4 Wochen nicht nur der ganze Exporthandel tot sein, sondern auch die gesamte großbritannische Industrie inkl. des Eisenbahnverkehrs und eines Teils der Dampfmaschinen zum Stillstand gebracht werden könnte. Die Vergleiche würden, wenn sie thatsächlich in der genannten umfassenden Anzahl die Arbeit einstellen wollten, in der Gesamtheit einen Lohnausfall von 250 000 Pfd. per Tag zu beklagen haben, und selbst wenn, wie es heißt, die Grubenbesitzer wirklich die Hälfte des Ausfalls tragen wollten (die Arbeiter-Union wird angeblich die andre Hälfte ersehen), so wird dieses Faktum den Schatzkanzler und die Regierung schwerlich von dem einmal eingenommenen Standpunkt abbringen können. Sir Michael Hicks-Beach hat die Absicht, den drohenden Kampf mit aller Energie aufzunehmen und mit seinem Steuererlass zu stehen oder zu fallen; die letztere Möglichkeit liegt in sehr weitem Felde, zumal ein Erfolg für den Kohlenzoll zur Zeit nicht gefunden werden kann, und der Staat auf die vorgeschlagene Einnahme zu verzichten natürlich nicht mehr in der Lage ist.

Die Erbitterung der Kohlenarbeiter gegen den Kohlenausfuhrzoll hat also doch größere Dimensionen angenommen, als man anfangs annahm. Da die englische Kohlenausfuhr einen Wert von mehreren hundert Millionen Mark repräsentiert, ist die Erregung der Arbeiter über eine empfindliche Schädigung des Exports und eine damit drohende Lohnreduktion, immerhin erklärlich. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß eine etwa eintretende Senkung der Kohlenpreise nicht nur der Industrie, sondern auch der Masse der Arbeiter zu gute kommen würde, während doch die Zudersteuer, gegen die man lange nicht mit einer solchen Festigkeit zu Felde zieht, das gesamte Proletariat belastet. Die Protestbewegung der Kohlenarbeiter ist daher nicht frei von jener Jänflerei, die der englischen Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und den Organisationen der Kohlenarbeiter im besonderen noch teilweise anhaftet.

### Frankreich.

**Frankreich-marokkanische Verstimnungen.** Pariser Blätter behaupten, der Sultan von Marokko habe den Truchhauptlingen, welche ihn um Hilfe baten, brieflich erklärt, er könne keine offenen Feindseligkeiten gegen Frankreich unternehmen, er werde jedoch den marokkanischen Grenzstämmen befehlen, durch unaufrichtige Einfälle in französisches Gebiet die militärischen Operationen Frankreichs in Süd-Algerien zu behindern. Der französische Gesandte in Tanger sei beauftragt, wegen dieses Briefes Aufklärung zu verlangen. Der Kreuzer „Albatros" sei nach Tanger geschickt, um der Forderung Nachdruck zu verleihen.

### Italien.

**Verunglückte Versammlung.** Im Theater zu Reggalo (Emilia) sollte am Sonntag zwischen Merikalen und Sozialisten eine Auseinandersetzung stattfinden. Schon lange vor Beginn war das Theater von Teilnehmern bis auf den letzten Platz angefüllt. Infolge des später entstandenen Gedränges stürzte ein Teil des Proszeniums ein, wodurch eine große Panik hervorgerufen wurde. Mehrere Personen wurden verletzt. Die Versammlung wurde infolgedessen aufgehoben.

### Rußland.

**Von den verhafteten Sozialisten** soll nach einer Meldung aus Sosnowice ein Zell, der anlässlich des 1. Mai inhaftiert worden war, wieder auf freien Fuß gesetzt worden sein. Einige wegen großpolnischer Umtriebe Verhaftete seien jedoch in Haft behalten worden.

**Aus Rußisch-Polen.** Zum Bericht über die Maidemonstration in Warschau in Nr. 108 dieses Blatts wird uns noch folgendes mitgeteilt: Die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens traf schon lange Zeit vor dem 1. Mai alle Vorbereitungen zur Demonstration, deren Zuspätkommen dieses Jahr wegen der schweren Krise der polnischen Industrie wesentlich erleichtert war. Dieser Umstand bestimmte die Partei, an dem alten Gebrauch noch festzuhalten und die Manifestation auf den ersten Sonntag vor dem 1. Mai zu verlegen. Andererseits wurden von seiten der Behörden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Demonstration zu vereiteln. Vom Februar bis Mai sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. Im Februar erschien ein Ulas des Generalgouverneurs, wonach jegliche Straßensammlung verboten ward. Die sozialdemokratische Partei beantwortete dies mit der Verbreitung eines in ihrer Geheimdruckerei zu Warschau in 5000 Exemplaren hergestellten Flugblatts, in welchem die Arbeiter zur Maidemonstration aufgefordert wurden. Bald darauf erschien in derselben Geheimdruckerei der „Arbeiterkurier", in welchem wiederum auf den 1. Mai aufmerksam gemacht worden ist, worauf eine ganze Reihe geheimer Versammlungen stattfanden. Am 20. April wurde die Wai-nummer des Organs der sozialdemokratischen Partei „Arbeiterrevue" in 3000 Exemplaren verbreitet. Die betreffende Nummer enthält neben mehreren Artikeln über den 1. Mai, über die Jahreshaltigkeit der Partei, über die Märzereignisse in Rußland auch Briefe der Genossen Wibel, Kantak, Wandewelle und Agelrod, welche speziell für diese Wai-nummer bestimmt waren, und trägt somit einen wirklich internationalen Charakter. Am 26. April wurden Proklamationen der Geheimdruckerei des Vorstands der sozialdemokratischen Partei in 12 000 Exemplaren verbreitet, welche zur Demonstration aufforderten, während am 27. April 10 000 Einladungszettel des Warschauer Komitees der Partei, die zur Demonstration auf der Warschauer Woiwodschaft mahnten, ihre Verbreitung fanden. Auf diese Einladungen hin erschienen am bezeichneten Ort und zur festgesetzten Zeit 15 000 polnische Arbeiter, welche offen ihre Stimmen nach einer demokratischen Konstitution erlösen ließen, wie sie allüberall jetzt im russischen Reich erklingt. Von den letzthin verbreiteten Publikationen der sozialdemokratischen Partei verdient der Aufsatz an die polnischen Arbeiter anlässlich der letzten Ereignisse in Rußland besondere Beachtung. Dieser Aufsatz endet wie folgt: „Polnische Arbeiter! Eure Leiden, Euer Los sind mit dem der russischen Arbeiter gemeinsam; Euer Kampf muß gemeinsam und die Ziele des Kampfs die gleichen sein. Laßt die polnischen Studenten in liberale Trümmerei von polnischen nationalen Desinterektionen versinken; wir polnischen Arbeiter, der lebendigen Zukunft entgegengehend, reichen unsere Hand mit brüderlichem Willkommen dem russischen Arbeiter; laßt, frohen Muts möge er auf dem einmal betretenen Wege vorwärts schreiten, und möge er sicher sein, daß das polnische Proletariat ihn in seinem Kampfe nicht verlassen wird. Es lebe die politische Brüderlichkeit der polnischen und russischen Arbeiter! Nieder mit dem Zarismus! Es lebe die Konstitution!"

### Amerika.

**Washington, 6. Mai.** Die Regierung hat beschlossen, die Armee auf den Philippinen auf 40 000 Mann zu reduzieren.

## Der Boeren-Krieg.

### Eine Schlacht bevorstehend?

Während General French den Osten Transvaals vom Feinde säuberte, sich aber schließlich doch wieder zurückziehen mußte, ohne eine dauernde Pacifizierung der durchgezogenen Distrikte erreicht zu haben, ist es jetzt im westlichen Teil Transvaals unvermutet äußerst lebendig geworden. Bereits die letzten Meldungen sprachen von heftigen unentschiedenen Gefechten, die General Babington mit den Mannschaften des Boerengenerals Delarey zu bestehen hatte. Heute liegt gar folgende Meldung des „Reuterschen Bureaus" aus Johannesburg vor:

„Die Boeren konzentrieren sich seit dem 1. Mai um Hartbeersfontein, wo sie unter dem Befehl Delareys stehende Streitmacht auf 4000 bis 5000 Mann gebracht wird. Die Boeren nehmen eine feste Stellung an den Hügeln ein. General Babington nahm Fühlung mit ihnen, aber dessen Streitmacht ist zu klein, um die Boeren anzugreifen; es sind darum Verstärkungen abgeschickt worden. Außerdem nähern sich die Generale Methuen und Rawlinson Hartbeersfontein. Eine Schlacht scheint bevorstehend. Man glaubt nicht, daß die Boeren die Stellung ohne Artillerie, die sie nicht mehr besitzen, werden halten können."

Während die ungezählten englischen Siegesnachrichten den Eindruck erweckten, als gehe es mit dem Widerstand der täglich mehr zusammenziehenden Boeren rasch zu Ende, erfahren wir jetzt mit einem Male, daß sich im Westen Transvaals unter Delarey ein starkes Boerenheer zusammengedrängt hat, das nicht nur wiederholte Angriffe des Generals Babington erfolgreich zurückgewiesen hat, sondern aus dessen Haltung man sogar schließt, daß es einem kombinierten Angriff der Generale Babington, Methuen und Rawlinson eine förmliche Schlacht anbieten werde. Ob Delarey es zu einer wirklichen Schlacht kommen läßt, ist allerdings fraglich. Abgesehen davon, daß er über keine Artillerie verfügen soll, kann ihm selbst ein Sieg der unvermeidlichen Menschenopfer wegen nicht begehrenswert erscheinen. Ob die Engländer ein paar hundert Menschen verlieren, kommt bei der großen Ueberzahl derselben wenig in Frage, während die Boeren nicht einen ihrer Leute ohne Not aufs Spiel setzen dürfen. Nicht sich Delarey dagegen vor den Engländern zurück und lockt er sie einige Wochen lang hinter sich her, so werden die Anstrengungen des Nachsches seinen Verfolgern teuer zu stehen kommen, als ein verlorenes Gefecht.

### Zerstörung eines Zugs.

Aus Grados wird telegraphiert: Die Boeren brachten bei Mortimer einen Zug zur Entgleisung. Drei Wagen wurden in Brand gesetzt. Die Eisenbahnlinie konnte jedoch einige Stunden später wieder in Betrieb gesetzt werden.

### Die englischen Verluste

werden laut den ausgegebenen Tagesverlust-Listen für den 4. und 5. Mai auf 18 Tote, 23 Verwundete, 11 schwer Erkrankte und 20 an Krankheiten Verstorbene angegeben.

### Die Pest.

Aus Kapstadt wird berichtet: In den letzten 48 Stunden sind 9 neue Pestfälle festgestellt worden. Drei Personen, deren Leichen aufgefunden wurden, waren der Höhe nicht als Pestfranke gemeldet. Die Gesamtziffer der Pestfälle beläuft sich bis jetzt auf 572, darunter 250 Todesfälle.

### Friedenssucht der Börse.

Aus London wird berichtet: Einflußreiche Londoner und südafrikanische Finanzkreise und Mineninteressenten sind angestrengt und wahrheitsgemäß nicht erfolglos bemüht, ein Kompromiß herbeizuführen, um den Friedensschluß zwecks schneller Wiedereröffnung der Gruben zu ermöglichen. Cecil Rhodes rät dringend, weitgehende Zugeständnisse einzuräumen, weil die Feindseligkeit der Kapvölkler stetig anwächst und die Gesamtlage täglich ausichtsloser wird.

Die ehemaligen Kriegshelden klopfen jetzt die Friedensschalmei! Der Krieg ist ihnen läbel bekommen, und Schlimmeres noch fürchten sie!

## Partei-Nachrichten.

### Der Eintritt Millerands ins Ministerium.

Der Genosse E. Vaillant richtet an die Redaktion der „Neuen Zeit" einen längeren Brief, in dem er dem kürzlich von uns im Auszug veröffentlichten Artikel Jaurès entgegentritt. Jaurès hatte seinem Artikel einen Brief Vaillants an Millerand im Wortlaut eingefügt, in dem u. a. folgende Stelle vorkam: „Man sagt, daß Sie teilnahmen an einer Kombination mit Galliffet. Das würde natürlich das, was gestern in der sozialistischen Gruppe gesagt worden ist, vollständig ansprechen."

Dieser Satz hatte Jaurès als den wesentlichsten bezeichnet; and ihm müsse gefolgt werden, daß Vaillant, wenn er auch den eventuellen Eintritt Millerands nicht in aller Form antage, so doch auch nicht eine Frage des Princips daraus gemacht habe, sein (Vaillants) Bedenken habe sich in erster Linie gegen die kompromittierende Nachbarschaft Galliffets gerichtet. Vaillant giebt über die Vorgänge in oben bezeichneter Fraktionsitzung folgende Darstellung:

„Millerand hatte in dieser Versammlung behauptet, die ihm gemachten Vorschläge zum Eintritt in das Ministerium seien eine vergangene Sache; während der ganzen Dauer der Verhandlungen habe er nicht einen Augenblick anders als im eigenen Namen gesprochen oder gehandelt, niemals die Fraktion oder die Partei hineingemischt."

Ich nahm ebenfalls das Wort, sagte, daß ich Mi von Millerands Ansprüchen nähme; jedoch, gesetzt den Fall, den Millerand für unwahrscheinlich hielt, daß ihn die gleichen Anerbietungen nochmals und mit Erfolg gemacht würden, so würde ich von der Fraktion die Erlösung verlangen, daß sie so wenig wie die Partei an der Centralgewalt der Bourgeoisie teilnehmen könne und daher auch nicht für die Handlungen und die Annahme Millerands verantwortlich sei oder sein könnte.

Dies ist die verzerrte, aber summatreue Wiedergabe meiner Worte. Kaum hatte ich geendigt, als Millerand mit einem Zeichen und einigen Worten seine Zustimmung äußerte. Da niemand mehr das Wort nahm und die Fraktion einig zu sein schien, erhob ich mich und begab mich mit mehreren Kollegen in die Kammer."

Nun ist aber nach Jaurès Darstellung in jener Sitzung von den Genossen Boyer und Cabenat auch ein Antrag gestellt worden, der die Abgabe einer Sympathieerklärung zu Gunsten Millerands verlangte. Das sei aber fallen gelassen worden, Millerand habe es überhaupt vermeiden wollen, die Partei mit für seine Schritte verantwortlich zu machen.

Ueber diesen Punkt sagt Genosse Vaillant: „Ob in dem Augenblick meiner Entfernung die Genossen Antide Boyer und Cabenat etwas sagten, was ich schlecht oder falsch verstand, ob darüber einige Worte gewechselt wurden, das ist mir, ebenso wie meinen Freunden nicht mehr erinnerlich. Aber daß während meiner Anwesenheit durch Cabenat ein formeller Antrag, wie ihn Jaurès jetzt mittelt, eingebracht und erörtert wurde, das ist nicht richtig und kann es nicht sein. Wäre doch ein solcher Antrag die Verneinung alles dablehst Gesprochenen und Gehörten gewesen. Wäre er eingebracht worden, hätte ich darüber zu sprechen gehabt, so hätte ich ihn lebhaft bekämpft, denn Cabenat hätte nach der ihm von Jaurès zugeschriebenen Formulierung von uns verlangt, daß wir für Millerands Schritt die Verantwortung übernehmen, während ich das gerade Gegenteil wollte."

Schließlich führt Genosse Vaillant noch eine Reihe Thatsachen an, die nach seiner Meinung den Beweis erbringen, daß er mit aller Entschiedenheit gegen den Eintritt eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium aufgetreten ist. So ist Vaillant mit seiner Gruppe aus der sozialistischen Kammerfraktion ausgetreten; sodann hat er und seine engeren Parteifreunde das Ministerium in der Kammer mit dem Tute „Es lebe die Kommune" begrüßt, und auf der Tribüne protestierte er mit Jevass „gegen die Anwesenheit desjenigen auf den Regierungsbänken, der das sozialistische und arbeitende Paris erdroffelt hat". Also auch dieser Protest galt wohl in erster Linie dem kommuneschlächter Galliffet, auch liegen die Proteste zeitlich nach den vorgezogenen Thatsachen.

Mit der Möglichkeit eines sozialistischen Ministers hat man in den französischen Parteikreisen übrigens schon lange gerechnet, ohne

die Notwendigkeit einer prinzipiellen Stellungnahme empfunden zu haben. Genosse Vaillant selbst schreibt darüber:

„Ich habe an mehr als einer Unterredung teilgenommen, wo seit dem Aufbruch Millerands an die sozialistische Partei diese Möglichkeit (des Eintritts M. ins Ministerium) diskutiert wurde, und der Schluß war stets derselbe: „Möge er doch eintreten", sagten alle, „wir sehen darin keinen Nachteil, vorausgesetzt, daß er es auf seine eigene Rechnung und Gefahr thut, jede Verbindung mit der Partei löst und dieselbe weder hineinmischet noch kompromittiert." In diesem Sinne, indem ich dabei stets jenen Vorbehalt machte und forderte, der die Partei vor jeder Teilnahme und Bloßstellung schützt, habe ich denn auch nichts in der Fraktion gesagt, was nicht freundschaftlich für Millerands Person war."

„Sozialdemokratische Theorie und Praxis". Durch die ganze bürgerliche Presse macht eine Notiz die Runde, daß in der sozialdemokratischen Parteidruckerie in Nürnberg ein Streik der Schriftsetzer bevorstehe oder schon ausgebrochen sei, weil die Geschäftsleitung einen Maschinensetzer als Streikbrecher eingestellt habe. An der ganzen Behauptung ist kein wahres Wort. Die Notiz entstammt dem freisinnigen „Frank. Kurier", einem Blatte, das sich zur Aufgabe gemacht hat, unsere Partei in Nürnberg und deren Leitung fortgesetzt in der geschäftigsten Weise zu verunglimpfen. An demselben Tage, an dem der „Kurier" die Notiz brachte, mußte er in seiner Abendausgabe auf Veranlassung einer Kommission des Seherpersonals seine Angaben widerrufen und erklären, daß sie vollständig auf Unwahrheit beruhten. Davon aber nimmt die gequerrische Presse keine Notiz, weil es ihr nur darum zu thun ist, der Partei etwas am Hange zu fassen und einen Unterschied zwischen sozialdemokratischer Theorie und Praxis zu konstruieren. Die Wahrheit ist nur, daß eine vorübergehende Differenz entstanden war, weil der betreffende Maschinensetzer sich ebenfalls noch Schluß der Arbeitszeit im Geschäft aufhielt. Die Sache klärte sich aber sofort dahin auf, daß der Seher durch ein plötzliches Unwohlsein am Fortgehen verhindert war.

## Rehrt Waldersee zurück?

Ein in solchen Angelegenheiten zuweilen gut unterrichtetes Blatt läßt sich aus Peking melden:

In Anbetracht der günstigen Gestaltung der hiesigen Verhältnisse ist es möglich, daß der Generalfeldmarschall Graf Waldersee Mitte Juni in die Heimat zurückkehrt. Bis dahin würde er auf dem Lazarettschiff „Gera" verweilen, das hierfür eingerichtet werden soll.

Die Begründung der in Aussicht gestellten baldigen Rückkehr des Grafen Waldersee ist überaus lustig. In Anbetracht der günstigen Gestaltung der ostasiatischen Verhältnisse soll Waldersee nunmehr entbehrlich sein. Wenn damit gemeint sein soll, daß dem Oberbefehlshaber die Last des Oberkommandos dergestalt immer mehr erleichtert worden ist, daß er jetzt vollständig von dieser Bürde befreit ist, so haben sich die Zustände in der That äußerst günstig gestaltet. Auch der Sorge um seine „Habe" ist er ja entbunden worden. Was soll der Generalissimus noch ohne Marschallstab und Besatzhaus in dem ungeliebten China? Auch die „Deutsche Tages-Ztg." ist dieser Ansicht. Sie schreibt:

Es wäre allerdings das der verwiddesten Lage angemessenste, wenn Graf Waldersee von seinem unwahrscheinlichen Weltmarschallamt abberufen würde. Er kommandiert ja thatsächlich schon längst nur noch die deutschen Truppen. Dazu allein aber wurde er nicht nach China geschickt. Am richtigen wäre es, wenn gleichzeitig auch der größere Teil der deutschen Truppen zurückbefördert würde.

Die „Deutsche Tages-Zeitung" sieht allerdings nicht in der günstigen Gestaltung der Lage, sondern vielmehr in der verwiddesten Lage einen dringenden Beweggrund zur Heimkehr Waldersees. Und für die gänzliche Hölzerung des Weltfeldmarschalls, die Eifersüchtigkeiten Frankreichs und Englands gegen Deutschland, und Anstalts eunische Schür- und Winterarbeit wird man den Ausdruck „Verwidlung" noch sehr euphemistisch finden müssen.

Daß die Lage „günstig" sei, soll ein Telegramm der „Köln. Ztg." beweisen, wonach die Vientenans Mission, des Arts, Nummer, v. Wilamowitz einen außerordentlichen Erkundigungsvort von etwa 100 Kilometer über Kalgan hinaus nach Tatumtsu, 275 Kilometer westlich von Peking, unternommen. In Schansi wurden keine chinesischen Truppen mehr vorgefunden.

Dieser Erkundigungsvort stellte aber lediglich fest, daß zwischen Kalgan und Tatumtsu, also im Nordosten der Provinz Schansi, keine chinesischen Truppen mehr standen. In dem südlicher gelegenen Teil der Provinz stehen dagegen die Truppen Lins, die höchst wahrscheinlich sogar ihre alten Stellungen innerhalb der Provinz Thschi, an denen sie durch die Schansi-Expedition vertrieben worden waren, inzwischen wieder eingenommen haben. Also auch in dieser Beziehung ist die Lage nicht weniger als günstig.

Nichts destoweniger wünschten auch wir dringend, daß die große Hitze, die den Grafen Waldersee an Bord des von der Seebrise umschüttelten Lazarettschiffs flüchten läßt, ihn veranlaßt, recht bald mit seiner geliebten Armee die Heimreise anzutreten. Leider darf auch der neuesten Meldung von Waldersees bevorstehender Rückkunft nicht allzuviel vertraut werden. Ist doch erst am Sonntag wiederum ein 74 Offiziere und 1661 Mann starker

### Ablösungstransport

nach Ostasien abgegangen! Selbst wenn also Waldersee, dem weisen Beispiele des Lord Roberts folgend, die Heimfahrt antreten sollte, bedeutete das noch keineswegs die Zurückziehung des Gros der deutschen Mannschaften aus Ostasien. Erst wenn die Lage sich in der bisherigen Weise auch weiterhin günstiger gestalten würde, könnte man mit einiger Bestimmtheit auf die Räumung des zu heiß gewordenen chinesischen Bodens rechnen.

### Wachsende Gärung.

Ein Missionar der Londoner Mission erklärte, alle Berichte aus den Provinzen zeigten, daß das Land sich in einem bellagenswerten Zustande der Unzufriedenheit befinde. Der bittere Haß und die Drohungen gegen die Fremden seien schlimmer als vor der Belagerung der Gefandten." Die Zurückziehung der Truppen dürfe das Zeichen für die Niederlegung der einheimischen Christen sein. Daß das Treiben der Abhättuppen in China schließlich eine derartige Wirkung ausüben muß, haben wir hundertmal angeführt. Nur irrt sich der Missionar darin, wenn er annimmt, ein längeres Verweilen der Abhättuppen in Thschi löse Ausbrüche der Volkswut verhindern. Daß die in Peking, Tientsin und Pootungfu stehenden Truppen die Christenmassen im Innern des Landes weber verhindern noch auch rächen können, wissen auch die Chinesen ganz genau. Wenn etwas diese Volkswut dämpfen kann, so ist es einzig die Räumung Chinas.

### Einen ernstlichen Anfang mit der Räumung

macht bis jetzt erst Amerika. Den „Times" wird in einem Telegramm aus Peking mitgeteilt, daß die ersten Mannschaften der amerikanischen Expedition, bestehend aus Kavallerie und Artillerie, Peking verlassen haben, um sich nach Taku zur Einschiffung nach Amerika zu begeben. Die englischen Generale und andre hohe Offiziere waren erschienen, um von ihren amerikanischen Kameraden Abschied zu nehmen.

### Rußland in der Wandscherei.

Von dem Gehilfen des Kommandierenden des Kwantunggebiets, General Bolkow, ging in Petersburg folgendes vom 20. April datierte Telegramm ein: Oberst Griasnow schlug bei Sibinpu eine etwa 4000 Mann starke chinesische Abteilung, die nach Norden floh. Auf russischer Seite fielen zwei Mann, sieben wurden verwundet. Am 18. April verließ eine Abteilung unter Oberflieutenant



Sokolow wurden und vereinigte sich am 18. April mit der Abteilung Griadnow. Die Vorposten der Abteilung des Generals Kondratowicz zogen am 12. April östlich von Luchendi auf eine Wunde von Chinesen. Letztere wurden, ohne daß die Russen Verluste erlitten, zerstreut und 110 Gefangene gemacht.

Der „Russ. Invalide“ berichtet ausführlich über die Operationen der russischen Truppenabteilungen in der Mandschurei bis in die letzten Tage. Danach hatten die von General Perzikh befehligten nordmandschurischen Abteilungen im ganzen über 20 Zusammenstöße. In diesen fielen 24 Soldaten, 2 Offiziere und ein Mann starben an den erlittenen Verwundungen, 7 Offiziere und 61 Mann wurden schwerer oder leichter verwundet. Arbeitet wurden zahlreiche Geschütze und Gewehre, die größtenteils vernichtet wurden. Der Subduntun Schen und sein Gefolge Sakschewan-Tschin wurden gefangen genommen. Das Gesamtergebnis der Operationen ist, daß von drei die Ruhe der Mandschurei bedrohenden Banden zu Anfang des Jahres zwei gänzlich zerstört und vernichtet wurden und die dritte nach mehreren Mißerfolgen von den russischen Truppenabteilungen verfolgt wird.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ueber die Lohnbewegung der Schuhmacher (Schuharbeiter) wurde in einer am Montagabend abgehaltenen Versammlung berichtet, daß der mit der Innung vereinbarte, am 1. Mai in Kraft getretene Tarif bis jetzt erst von einem Teil der Kleinmeister und einigen Beschäftigten bewilligt worden ist. Selbst eifrige Innungsmitglieder zählen noch unter dem Tarif, ja selbst weniger wie in Beschäftigten bezahlt wird. Die Durchführung des Tarifs könne man demnach nicht von dem Eintreten der Innung, sondern nur von der eignen Kraft der Gesellen erwarten. Die Versammlung beschloß, daß nunmehr überall, wo der Tarif nicht bewilligt wird, die Arbeit niederzuliegen, und dem Bureau des Vereins deutscher Schuhmacher, Dragonerstr. 15, von jedem Fall der Arbeitsniederlegung sofort Mitteilung zu machen ist.

Eine neue Fachzeitung der Holzindustriellen erscheint hier zur Interessenvertretung der Berliner Tischlerinnung und der übrigen Vereine in der Holzindustrie. In ihrem Programm widmet die Nummer 1 dieser Zeitung der Stellung zur Arbeiterschaft einen ziemlich breiten Raum und kündigt damit an, daß wohl ihre wesentlichste Aufgabe die Befähigung der Arbeiterorganisation sein wird. Diese Absicht wird zwar ziemlich verhältlich und dem Wohlwollen für die Arbeiter eine hülfreiche Verbürgung gemacht, wer jedoch die Ansprüche der Arbeiter dieses Industriezweigs in den letzten Jahren verfolgt hat, weiß, was er auf diese Nebenarten zu geben hat. Interessant ist jedoch, wie das Blatt über den letzten Streik urteilt. Es schreibt:

„Während des Streiks war der Lieferungsbedarf des Publikums ein ganz bedeutender. Da er jedoch von den Berliner Tischlermeistern nicht befriedigt werden konnte, wandte sich die Kundschaft an die Provinz, wo sie nicht nur Ware geliefert erhielt, sondern infolge der eben geschilderten günstigen Arbeitsverhältnisse auch noch billigere Preise erzielte. Letztere allerdings auf Kosten des guten Geschmacks. Diese Geschäftsverbindung, welche in der Not geschlossen wurde, ist jedoch auch nach der Beilegung des Streiks aufrecht erhalten worden, und die Berliner Tischlermeister, die schon durch den Streik selbst große Verluste erlitten, haben nun das bloße Nachsehen. Diese verlorenen Geschäftsbeziehungen beziehen sich zumeist nicht auf die feineren Möbel, sondern auf Spezialarbeiten, auf welchem Gebiete gerade Berlin früher die führende Rolle hatte.“

Was wir an dieser Stelle während des Streiks hervorgehoben, ist nach obigen Geständnis der Herren eingetroffen. Die großen Betriebe, die bessere Arbeit nach Zeichnung ausfertigen, haben keinen Schaden vom Streik erlitten, dagegen sind die Kleinen, die Stapelware anfertigen, ihre Kundschaft los geworden, und zwar deshalb, weil sie ungunstigerweise den Streik von Bry und Genossen in die Länge ziehen ließen. Denn die Beendigung des Streiks unter den Bedingungen, wie sie vor dem Einigungsamt erfolgten, hätte einige Wochen früher stattfinden können. Ob die Herren durch die Erhöhung des Lohnes, läßt sich bezweifeln, denn die Acteure dieses Streiks sind heute noch die Leiter der Unternehmerorganisationen in der Holzindustrie und sind als Fachredacteure des neuen Jahrganges genannt. Die Tischlergesellen wird es gewiß belustigen, wenn sie neben Herrn Rahardt und Louis Bry auch Herrn Chr. Ritsch finden, der ihnen als „Streikführer“, im Jargon der Unternehmer zu reden, zu Beginn der 80er Jahre gut bekannt war, nun aber als Heger neben Bry und Genossen fungiert, um dort seine Gesinnungsänderung mit einer materiell wohl einträglicheren Stellung zu verlaufen.

Die Fliesenleger verhandeln am Montag mit den Vertretern ihrer Arbeitgeber vor dem Einigungsamt unter Vorsitz des Gewerbegerichts-Direktors v. Schulz. Den Streitpunkt bildet die Frage, ob an Stelle der bisher üblichen Lohnarbeit die Accordarbeit eingeführt werden darf. Im vorigen Jahre ist für das Gewerbe der Fliesenleger ein Vertrag vor dem Einigungsamt abgeschlossen worden, worin Stundenlöhne festgesetzt wurden, die je nach der Beschäftigungsdauer im Gewerbe 70, 72½, 75 Pf. betragen und vom 1. April 1901 ab für länger als 6 Jahre thätige Fliesenleger auf 77½ Pf. festgesetzt sind.

Wie die Vertreter der Arbeiter vor dem Einigungsamt ausführten, ist der gegenwärtige Konflikt dadurch entstanden, daß die Firma Perrino einigen Fliesenlegern Accordarbeit anbot, und als diese verweigert wurde, die betreffenden Arbeiter entließ. Die Arbeiter sahen das als eine Maßregelung an, sie glaubten auch, daß die allgemeine Einführung der Accordarbeit seitens der Arbeitgeber beabsichtigt sei. Es ist deshalb, nachdem Kommissionsverhandlungen keinen Erfolg hatten, die Entscheidung durch das Einigungsamt veranlaßt worden. Die Arbeitervertreter berufen sich darauf, daß in dem Vertrage vom vorigen Jahre nur von Stundenlohn die Rede ist, und in Accord deshalb nicht gearbeitet werden dürfe. Die Vertreter der Arbeitgeber stellen sich dagegen auf den Standpunkt, die Accordarbeit sei im Vertrage nicht untersagt, und was nicht verboten sei, das sei erlaubt. Im übrigen sei im Fliesenlegergewerbe schon immer zum Teil in Accord gearbeitet worden, und bei auswärtigen Firmen wurde sogar vorwiegend in Accord gearbeitet. Die Arbeitnehmer behaupten, die Arbeitgeber hätten beim Abschluß des vorjährigen Vertrags getrachtet, daß es Princip der Arbeiterorganisation sei, nicht in Accord zu arbeiten, und deshalb sei es ein Verstoß gegen den Vertrag, wenn jetzt die Accordarbeit eingeführt werden solle. — Die Arbeitgeber bestreiten ganz entschieden, daß ihnen von diesem Princip der organisierten Arbeiter etwas bekannt geworden sei, sie hätten vielmehr bei den Verhandlungen, die dem vorjährigen Streik vorausgingen, stets betont, daß sie einer gänzlichen Abschaffung der Accordarbeit nicht zustimmen würden. Es handelte sich auch jetzt nicht um eine allgemeine Einführung der Accordarbeit, sondern nur darum, daß die Arbeitgeber völlig freie Hand behalten, in bestimmten Fällen in Accord arbeiten zu lassen. Das sei auch für sie (die Arbeitgeber) eine Principienfrage, und sie würden es deswegen eventuell zum Nachsehen kommen lassen. — Ebenso entschieden bekämpfen die Arbeitnehmer, sie hätten bei allen Verhandlungen mit den Arbeitgebern betont, daß die Accordarbeit im Princip zu verwerfen sei.

Knodem die Verhandlungen fünf Stunden gewährt hatten, bemerkte Gewerbegerichtsdirektor v. Schulz, der Vertreter der Firma Perrino habe erklärt, er werde die Entlassenen, sobald Arbeit vorliegt, wieder einstellen, deshalb empfehle er (der Vorsitzende) den Parteien folgenden Vergleich:

Mit der Entlassung der Arbeiter der Firma Perrino u. Co. war eine Maßregelung nicht beabsichtigt.

Die Vertreter der Parteien erklärten sich mit diesem Vergleich einverstanden. Im Laufe der Verhandlungen wurde seitens der Arbeitgeber ausdrücklich betont, daß sie wegen Verweigerung von Accordarbeit keinen Arbeiter entlassen werden.

Wegen der Maßfeier sind von den Vertreterägern 31 Mann als gemäßigter gemeldet, und kommen dabei folgende Firmen in Betracht: Schulz-Cochernitz, Kottbuser Damm; Robe, Lohmühlenstraße; Fredericks, Barwalderstraße; Bogoschewski; Gemlen u. Schale, Kottbuser Damm; Küster, Greifswalderstraße. Außerdem sind wegen Lohnunterschieden bei der Firma Schlichting, Tegelerstraße, sämtliche Kollegen im Ausstand. Zugang noch sämtlichen Klagen ist fernzuhalten. Die Lohnkommission.

Centralverband der Zimmerer. Nach der nunmehr erfolgten genauen Feststellung beträgt die Zahl der am 1. Mai gemahregelten Mitglieder 874. Der größte Teil davon hat am Montag die Arbeit bei seinem früheren Arbeitgeber wieder aufgenommen. Die Gemahregelten haben vom ersten Tag ab die übliche Unterstützung von 2,50 M. pro Tag erhalten, außerdem ist für die drei ersten Tage ein Zuschlag von 50 Pf. für jedes schulpflichtige Kind gewährt worden.

Dieserjenige, die nicht wieder eingestellt worden sind, erhalten die festgesetzte Unterstützung weiter. Jedoch nur dann, wenn sie sich jeden Tag einmal in der Zeit von 8—1 vormittags und 3—6 nachmittags im Bureau, Engelauer 15, melden.

## Deutsches Reich.

Die Maurer in Greifswald teilen telegraphisch mit, daß sie sich im Streik befinden und um Fernhalten des Jungs bitten.

## Ausland.

In Montceau-les-Mines beschloßen die Ausständigen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Damit ist auch der drohende Generalstreik im Bergwerksbetrieb beseitigt.

In Genoa ist es zu einer Aussperrung der Ausländer für Nahrungsmittel gekommen, weil die Arbeiter eine Stunde später zur Arbeit kamen, als ihnen befohlen war.

## Sociales.

Die Arbeitsverhältnisse der Hamburger Comptoir-Angestellten. Mit einer amtlichen Ermittlung der Verhältnisse der Comptoirangestellten ist gegenwärtig die Kommission für Arbeiterstatistik beschäftigt. Für Hamburg und Altona hat inzwischen der „Verein für Handlungswissenschaften von 1855“ unter seinen mehr als 62 000 Mitgliedern eine Umfrage erlassen und deren fertig bearbeiteten Ergebnisse im „Handelsblatt“ veröffentlicht. Aus Hamburg sind dem genannten Verein 2254 und aus Altona 145 Antworten eingegangen, die über 1280 Betriebe mit zusammen 10 286 Gehilfen und 2174 Lehrlingen in Hamburg und über 79 Betriebe mit 545 Gehilfen und 93 Lehrlingen in Altona Auskunft geben. Es sind also die Arbeitsverhältnisse eines sehr bedeutenden Teils der Hamburg-Altonaer Comptoirangestellten, die in diesem sehr umfangreichen Material ermittelt worden sind, und man kann sie wohl als zutreffend für ziemlich die gesamten Comptoirangestellten Hamburgs ansehen. Wir teilen von den Ergebnissen das wichtigste im folgenden für Hamburg mit, wobei wir meist die Zahlen für Altona an der betreffenden Stelle in Klammern angeben. Die täglichen Arbeitszeiten, abgesehen von Sonntagsarbeit, Urlaub etc. betrug

	in Hamburg	in Altona
bis 7 Stunden in 26 Betrieben,	1	7
7,01—8 „ „ 218 „	7	28
8,01—9 „ „ 594 „	28	34
9,01—10 „ „ 335 „	7	4
10,01—11 „ „ 89 „	4	
über 11 „ „ 8 „		

Das Verhältnis der beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge war folgendes:

	in Hamburg	in Altona
Gehilfen und Lehrlinge in gleicher Zahl	139	8
Gehilfen überwiegend	1010	67
Lehrlinge überwiegend	116	2
Nicht ersichtlich	15	2

Sonntagsarbeit ist in 310 (in A. in 24) Betrieben gang und gäbe, in 970 (in A. in 55) Betrieben besteht dieselbe nicht. Was heißt, die Sonntagsarbeit wird in den Hamburg- Altonaer Betrieben noch recht viel angetroffen. Saisonarbeit wird aus 166 (in A. nur 16) Betrieben gemeldet, 1114 (in A. 63) haben sie nicht. Sommerurlaub ist in 444 (in A. in 19) Betrieben eingeführt, in 746 (in A. in 58) ist sie noch verpagt, in 90 (in A. in 7) Betrieben wird sie ausnahmsweise gewährt. Auch in Hamburg-Altona genießt also erst eine verhältnismäßig kleine Zahl die so notwendige Erholung in einem kleinen Sommerurlaub.

## Versammlungen.

Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der Asphaltreue, Dachpapparbeiter und verwandter Berufsangehörigen tagte am Sonntag im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Der Zweck der Versammlung war, auch diese Arbeiter, die zu den schlecht bezahltesten und in keiner Weise über geregelte Arbeitszeit verfügenden gehören, zu organisieren. Die vorbereitenden Schritte waren von der Berliner Gewerkschafts-Kommission gemacht. Lini referierte in eingehender Weise, oftmals von dem Beifall der Versammelten unterbrochen, über: „Die Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisationen und die wirtschaftliche Lage der Asphaltreue.“ Einige Redner stimmten in der Diskussion den Ausführungen des Referenten zu und forderten ebenfalls zur Organisation auf. Eine Resolution, die zur Gründung einer Organisation aufzuforderte, wurde einstimmig angenommen. Weit über hundert Personen ließen sich sofort als Mitglieder der Organisation aufnehmen. Die Organisation führt den Namen „Vereinigung der Asphaltreue, Pappdachbeder und verw. Berufsangehörigen.“ Das Bureau wurde beauftragt, einen Statutenentwurf auszuarbeiten und in kürzester Zeit dann eine weitere Versammlung einzuberufen, wo die Statuten beraten und der Vorstand definitiv gewählt werden soll. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die neue Bewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Decateure beschäftigte sich dieser Tage im „Englischen Garten“ mit der von den Firmen T a d, W l u m e n t h a l und K l e h e r vorgenommenen Aussperrung. Franz K o p k e referierte über die Angelegenheit. Am 28. Mai vorigen Jahres hatte eine Kommission der Decateure mit der Vereinigung der Decaturbesitzer eine Sitzung, in der die Besitzer unter anderem sich auch verpflichteten, den 1. Mai freizugeben. Als nun in diesem Jahre die Maßfeier vor sich gehen sollte, sträubten sich die Firmen T a d, W l u m e n t h a l und K l e h e r seiers zu lassen, wo hingegen die andern Firmen ihr Wort hielten. Bei der Firma T a d fanden sich Leute, welche ihren Kollegen in den Rücken fielen, obgleich dieselben vormittags in der Versammlung anwesend waren. Von dieser Firma liegen 8 Mann auf der Straße, welche lange Jahre dort gearbeitet haben, einer sogar schon 23 Jahre und andre 15, 16 und 20 Jahre. Auf Antrag wurde sämtlichen 24 gemahregelten Kollegen der drei Firmen die Gemahregelungen-Unterstützung zugesprochen. Es kam eine Resolution zur Annahme, worin die Arbeitgeber der betreffenden drei Firmen entschieden verurteilt werden. In bekannter Unternehmerroutine verlangen die Inhaber der betreffenden Firmen von ihren Arbeitern, daß dieselben der Organisation nicht mehr angehören dürfen. Am 2. Mai, nachdem die acht Kollegen der Firma T a d ausgesperrt waren, wurde beschloßen, daß

sämtliche organisierten Kollegen am 3. Mai um 11 Uhr die Arbeit niederlegen sollten, um den Vorstand der Decaturbesitzer-Vereinigung zu bewegen, den Inhaber der Firma T a d, H e r n S c h i d t s, aus ihrem Verbande zu entfernen oder darauf hinzuwirken, daß die ausgesperrten Kollegen wieder eingestellt würden. Hiergegen protestierte der Vorsitzende, Herr S c h o n l a n k, entschieden und erklärte sich 6 Herren der Vereinigung bereit, aus dem Verband der Decaturbesitzer auszutreten. Bei diesen Firmen wurde die Arbeit nachmittags wieder aufgenommen, wohingegen die Kollegen der Firma W l u m e n t h a l in Streik traten. — Die schon jahrelang bei der Firma A d o l f B e c h m a d bestehende Sperre wurde von der Versammlung aufgehoben. Der frühere Vertrauensmann der Firma T a d, B r a u e r, wurde stark angegriffen, weil derselbe seinen feindseligen Kollegen in den Rücken fiel. Von der Firma K a t t e r s c h a f f a wurde berichtet, daß dort die Leute zeitweise von morgens 5 bis abends 12 Uhr arbeiten. Sie legen sich dann des Nachts in der Fabrik auf die Tische und pflegen 5 Stunden der Ruhe, d. h. sie haben eine 17stündige Arbeitszeit, die Spausen abgerechnet. Wollen sich die Leute aus dem Betrieb der Firma der Organisation nähern, so werden sie sofort entlassen.

Eine Versammlung der Delegierten des Berliner Gewerkschaftsartikels tagte am 30. April bei P a t t, Dragonerstr. 15. B e r n a u schilderte die Entstehung und den Verlauf des Streiks der Kohler, der mit einer Niederlage der Streikenden endete, weil viele aus den eignen Reihen Streikbrecher wurden, die außerdem noch Personen aus andern Berufen zu der Arbeit ansetzten. Beschloßen wurde, die noch Streikenden für die laufende Woche zu unterstützen. G e h l schilderte die inzwischen durch die Presse bekannt gegebene Situation im Maurergewerbe. Er betont dabei besonders, daß entgegen der im „Vorwärts“ seitens der Verbandsleitung der Maurer gegebenen Vorstellung die beiderseitigen Organisationsvorstände in kombinierter Sitzung beschloßen hätten, das Gesamtergebnis der getrennten Abstimmung als maßgebend für die Annahme bzw. Ablehnung des Schiedspruchs des Gewerbegerichts gelten zu lassen. Es entspann sich hierbei eine längere Debatte über den Wert des Vertrags der Maurer im speziellen, sowie von Verträgen zwischen Arbeiter- und Unternehmer-Organisationen im allgemeinen, die schließlich dazu führte, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung einer demnächst einzuberufenden Kartellversammlung zu setzen. Unter Berücksichtigung des in der Weise das Verhalten des Malers L i n k, der gelegentlich einer Arbeitsniederlegung unbesonnen eine den Streikenden schädliche Vermittlerrolle übernahm; ferner kritisieren K r e n d s e e und S c h u l z e die Ergebnisse der Buchdrucker-Versammlung im Circus Schumann in absfälliger Weise. G e h l hat die Vertreter der Möbelpolierer, der Nagelspanner und der Zinngießer und Stürzer.

Eine Mitglieder-Versammlung des Centralverbands der Maurer (Abteilung II) tagte am 3. Mai im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Ein Antrag S e r y o g, die Unterstützungsfrage der Mai-Gemahregelten zu regeln, wurde zurückgestellt. R u m m e r gab Panzer dem Kollegen B e d e r das Wort zur Berichterstattung. B e d e r gab in kurzen Worten einen Bericht über die Tätigkeit der Agitationskommission und die Entwicklung des Verbands in der Provinz Brandenburg. Ein Antrag P a n z e r, die Protokolle obligatorisch einzuführen und den Kollegen unentgeltlich zu veröffentlichen, wurde angenommen. Sodann erbat P a n z e r den Bericht vom Vorstand, und zwar gab er in kurzen Worten den Geschäftsbericht des Vorstands und der Redaktionen des „Grundstein“ wieder. Darauf erstattete Kollege A. W i n z l e r Bericht über den Gewerkschafts-Kongress in Frankfurt a. M., Lohnbewegungen und Streiks, Agitation, Bauverträge und Statistik über Arbeitslose. Zum Schluß seines Berichts brachte er eine Resolution zur Verlesung, welche mit aller Energie gegen den Brotwucher protestiert und auf dem Verbandstage einstimmig angenommen wurde. Zum Punkt Unterstützungsbeirichtung, Streiflöcher und Statutenberatung erstattete P a n z e r Bericht. Er erläuterte die Unterstützungs-Einrichtung und führte zur Statutenberatung unter anderem an, daß aus dem Titel des Statuts die Worte „verwandter Berufsangehörigen“ gestrichen werden und der Verband in Zukunft „Centralverband der Maurer Deutschlands“ heißen wird. In der regen Diskussion wurde moniert, daß die Berliner Delegierten nicht genügend gegen die Accordarbeit eingetreten seien. P a n z e r erklärte, daß sie dies mit aller Energie gethan hätten. R u m m e r schritt man zur Wahl des Ausschusses. Gewählt wurden: Otto H a n k e, Emil G r ö p p l e r, Paul M u d, W i l h. F r i t z s c h, Rud. G a r e i s und Gustav B e d e r.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Köln, 6. Mai, abends. (W. Z. B.) Die die „Kölnische Zeitung“ meldet, ist ein Fesselballon der Luftschiff-Abteilung Köln, welcher gestern nachmittags 3½ Uhr bei dem Fort „Kummer“ zu Übungszwecken aufgelassen war, vom Sturmwind gefaßt und von der Rabelwinde abgerissen worden. Der befreite Ballon, in dem sich zwei Insassen befanden, stieg schnell, trieb auf Ehrenfeld-Ossendorf zu und verschwand bald in den Wolken. Ueber den Verbleib des Ballons und der Insassen ist zur Zeit noch nichts bekannt.

Budapest, 6. Mai. (W. Z. B.) Das Abgeordnetenhaus nahm mit großer Majorität den Vertrag betreffend die Subventionierung der Reichsflotten-Gesellschaft Adria an.

Stuttg., 6. Mai. (W. Z. B.) Hier wurden neuerdings 800 für englische Rechnung und für Südafrika bestimmte Pferde eingeschifft.

Paris, 6. Mai. (W. Z. B.) In der vorigen Nacht ist hier der ehemalige Präsident der Republik Peru General Mariano Prado gestorben.

Paris, 6. Mai. (W. Z. B.) Wie der „Patrie“ aus Algier gemeldet wird, sind in Algier drei Marokkaner verhaftet worden, welche an den Mäandern des Dorfes Marguier teilgenommen haben. Ebenso seien in Wiltona zwei Marokkaner festgenommen worden, von welchen der eine aus Marokko, der andre aus Bagdad stamme. Beide seien als Feldarbeiter verkleidet nach Algerien gekommen, um die Mohammedaner gegen Frankreich aufzuwiegen.

Paris, 6. Mai. (W. Z. B.) Aus London wird gemeldet, daß die Auszahlung der aus dem Erlass von Kriegsteuern herrührenden Checks wieder aufgenommen worden ist. 90 Soldaten und Unteroffiziere des 8. Kolonialregiments wurden gruppenweise nach den betreffenden Banken geführt und erhielten dort die auf 400 bis 1000 Francs lautenden Checks ausgezahlt.

Brüssel, 6. Mai. (W. Z. B.) Das „Journal de Bruxelles“ stellt gegenüber im Auslande verbreiteten anders lautenden Angaben fest, daß die Entschädigungsforderung Belgiens an China sich im ganzen auf 30 Millionen Francs belaufe; hierin seien die Forderungen wegen Zerstörung des Grenzschutzgeländes und der Bahnbauten, wie der den Missionsstationen zugesetzten Beschädigungen inbegriffen.

Belgrad, 6. Mai. (Meldung des Wiener I. I. Telegraphen-Bureaus.) Gegenüber einem von Konstantinopel eingehenden Dementi betreffend die Tötung des serbischen Grenzcorporals Nela Todorowitsch durch türkische Rizoms und betreffend Ausföhrungen von Seiten Albanen Altierbiens stellen die hiesigen Regierungskreise fest, daß beide Vorfälle kommissarisch festgestellt und der Pforte amtlich mitgeteilt worden sind.

Kandrin, 6. Mai. (W. Z. B.) Amtlich wird gemeldet: Heute vormittag 11 Uhr ist zwischen Kandrin und Kofel ein Güterzug mit einem Arbeitszuge zusammengestoßen, beide Geleise waren bis gegen Abend gesperrt. Materialschaden ziemlich bedeutend. Lokomotivführer und Heizer des Güterzugs leicht verletzt. Untersuchung der Schuldfrage sofort eingeleitet. Der Personenverkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Moncau, 6. Mai. (Meldung des Neuterischen Bureaus.) Vergangene Nacht rissen die Boeren bei Taalboof auf neue die Schienen des Bahngeleises auf, wodurch der regelmäßige Postzug eine zwölfstündige Verspätung erlitt.



Reichstag.

89. Sitzung vom Sonnabend, den 6. Mai 1901; nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf v. Posadowsky. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes betr. den Verkehr mit Wein, weinhaltenen und weinähnlichen Getränken.

Berichterstatter der Kommission ist Abg. Baumann (natl.).

§ 1 giebt folgende Definition des Weins: Wein ist das durch alkoholische Gärung aus dem Safte der Weintraube hergestellte Getränk.

Der Paragraph wird debattelos angenommen.

§ 2 bestimmt, daß als Verfälschung oder Nachmachung des Weins im Sinne des Rahmungsmittelegesetzes nicht anzusehen ist 1. die anerkannte Kellerbehandlung des Weins, 2. die Vermischung (Verschnitt) von Wein mit Wein, 3. die Entfäuerung von reinem gefälltem, sulfureaurem Saft, 4. der Zusatz von reinem Zucker auch in wässriger Lösung, sofern ein solcher Zusatz nur erfolgt, um den Wein zu verbessern, ohne seine Menge erheblich zu vermehren; auch darf der gezeuerte Wein seiner Beschaffenheit (und seiner Zusammensetzung) nach nicht unter den durchschnittlichen Gehalt der ungezeuerten Weine des Weinbaugebiets, dem der Wein nach seiner Benennung entsprechen soll, herabgesetzt werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich habe eine Erklärung abzugeben zur Verabfolgung derjenigen Artikel, welche an dem § 1 Anstand nehmen. Diese Artikel hatten die Befürchtung, daß gegenüber der juristischen Erklärung des § 1 irgend welcher Wein mit Zusatz nicht als Wein angesehen werden könnte. Ich halte die Befürchtung für ganz unbegründet. Das ergibt sich auch aus dem Inhalt der Verhandlungen der Kommission und ganz unzweifelhaft wird als Wein im Sinne des § 1 angesehen dasjenige aus der Gärung des Traubensaftes hergestellte alkoholische Getränk, was die erlaubten Zusätze enthält und was der erlaubten Kellerbehandlung unterworfen ist. Der letzte Absatz des § 2, wie die Kommission ihn gefaßt hat, will wohl mehr eine Idealinterpretation deklarieren. Die Regierung hält zwar ihre Fassung für besser, wird aber an dieser Veränderung das Gesetz nicht scheitern lassen. Infolge der neuen Fassung durch die Aufnahme der Begriffs-Beschaffenheit wird ja nun Wein nur durch Gutachten von Sachverständigen in zuverlässiger Weise als Fälschung anerkannt werden können. Ich hoffe, daß sich auch die Herren aus Teilen Deutschlands, die nicht Weingebiete sind, bald zu richtigen Weintemern herausbilden werden. (Geisterkeit.)

Abg. Blankenborn (natl.) hält die Aufnahme des Begriffs „Beschaffenheit“ doch für richtig. Es werde dadurch ermöglicht, daß Sachverständige bei Prozessen über die Echtheit des Weins durch Entnahme von Proben ihr Urteil abgeben können.

Abg. Schreyff (l.):

Die Fassung der Kommission beruht auf einem Kompromiß. Dem Herrn Staatssekretär gegenüber will ich nur bemerken, daß die Interpretation der Ziffer IV für uns doch auch einen realen Hintergrund hat.

Abg. Nöcker-Kaiserlautern (v. d. L.):

Man nahm an, daß das Gesetz im Wesentlichen ein Kompromiß darstellt, es in kurzer Zeit erledigt werden würde. Aber das alte Wort, daß der Wein die Junghe ist, scheint sich auch diesmal bewahrheiten zu wollen. Ich will für meinen Teil nicht dazu beitragen, möchte nur bei jeder Gelegenheit mein Bedauern darüber ausdrücken, daß das Verbot des Verschnitts mit Rot- und Weißwein nicht in das Gesetz aufgenommen ist. Wir werden dies bei der künftigen Gestaltung der Handelsverträge nunmehr ins Auge fassen müssen.

Abg. Schmidt-Eberfeld (fr. Sp.): Ich möchte Sie bitten das Wort „Beschaffenheit“ in Ziffer 4 des § 2 wieder zu streichen. Dieser Begriff würde zu den größten Schwierigkeiten führen. Kein Richter könnte sich auf das Urteil irgend eines Sachverständigen verlassen; die Feststellung der Echtheit des Weins würde auf diese Weise nur erschwert werden.

Abg. Reinhardt (natl.) bittet das Wort „Beschaffenheit“ in Ziffer 4 des § 2 zu lassen.

Damit schließt die Diskussion. In der Abstimmung wird der Antrag Schmidt-Eberfeld (fr. Sp.) gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt, § 2 in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 3 verbietet die gewerbsmäßige Herstellung oder Nachmachung von Wein unter Verwendung eines Aufgusses von Zuckersaft oder Wasser auf Trauben, Traubenmaische, ganz oder teilweise entrostete Trauben, auf Hefen, unter Verwendung von getrockneten Früchten oder eingedickten Moststoffen, von Saccharin, Dextrin oder sonstigen künstlichen Süßstoffen, von Säuren, säurehaltigen Stoffen, insbesondere von Weinstein und Weinsäure, von Obstmost und Obstwein, von Gummi oder anderen Stoffen, durch welche der Extraktgehalt erhöht wird.

Die Verwertung von Tresteren, Mosten und Korntzen in der Branntweinrennerei wird durch diese Bestimmungen nicht berührt, unterliegt jedoch der Kontrolle der Steuerbehörden.

Abg. Nicker (fr. Sp.):

Ich bin dem Herrn Staatssekretär sehr dankbar für die Erklärung, die er beim § 1 abgegeben hat. An diesem Paragraphen kann man sehen, wie hier Gesetze gemacht werden. Der Paragraph ist geändert worden seinem Wortlaut nach, hat aber die Bedeutung der Regierungsvorlage behalten. Ja, wozu wird denn dann überhaupt eine Änderung vorgenommen. Der § 1 kann höchstens dazu dienen, den Richter irre zu führen. Was den Kommissionsbericht anbetrifft, so glaube ich, daß es vereinzelte Parlamentarier geben wird, die einen derartigen Bericht kennen gelernt haben. Mir ist es sehr schwer geworden, mich darin zu orientieren. Den verbündeten Regierungen will ich meinen Dank aussprechen, daß sie wenigstens beim § 3 dem Eifer der Kommission einige Hängel angelegt haben. Für einen Fortschritt kann ich das Gesetz, so wie es vorliegt, nicht halten.

Abg. Dabach (l.):

Ich glaube nicht, daß der § 1 zu Irrfährungen des Richters führen wird. Wenn der Richter einmal in die Lage kommt, das Gesetz anzuwenden, so wird er sich nicht auf den § 1 beschränken, sondern das ganze Gesetz in Betracht ziehen und dann ist ein Richterverständnis ausgeschlossen.

Abg. Baumann (natl.):

Ich habe den Bericht nach meinem besten Wissen und nach den Aufzeichnungen, die mir zu Gebote standen, zusammengestellt. — Der Bericht ist auch von der Kommission gutgeheißen worden. Ich glaube, es ist wichtiger, daß der Bericht von der Kommission anerkannt wird, als daß er Weifall von anderer Seite findet.

Darauf wird § 3 angenommen. Die §§ 4 bis 9 werden debattelos in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 10 trifft Bestimmungen über die Ausübung der durch das Gesetz vorgeschriebenen Kontrolle. Nach Absatz 1 treffen bis zur reichsgesetzlichen einheitlichen Regelung der Beaufsichtigung des Verkehrs mit Nahrungsmitteln und Genussmitteln die Landesregierungen darüber Bestimmungen, welche Beamten und Sachverständigen für die Kontrolle zuständig sind.

Diese Beamten und Sachverständigen sind befugt, außerhalb der Nachtzeit, und falls Thatsachen vorliegen, welche annehmen lassen, daß zur Nachtzeit gearbeitet wird, auch während dieser Zeit die Räume, in denen Wein, weinhaltige oder weinähnliche Getränke gewerbsmäßig hergestellt, aufbewahrt, feilgehalten oder verpackt werden, zu betreten, daselbst Verfertigungen vorzunehmen, geschäftliche Aufzeichnungen, Frachtbriefe und Bücher einzusehen, auch nach ihrer Auswahl Proben zum Zwecke der Untersuchung gegen Empfangsbefehigung zu entnehmen.

Die Nachtzeit umfaßt in dem Zeitraum vom 1. April bis 30. September die Stunden von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens und in dem Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. März die Stunden von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Die verbündeten Regierungen sind der Ansicht, daß die Kontrolle der Weinherzeugung und des Weinhandels nicht zu einer subalternen Ehlfane werden dürfen. Wenn wir in Bezug auf die Verfolgung von Weinverfälschungen und die Verfertigung von Lebensmitteln überhaupt weiter kommen wollen, so ist es unbedingt notwendig, daß in den Einzelstaaten überall eine geordnete, selbständige, auf der vollen Höhe wissenschaftlicher Kenntnis stehende Nahrungsmittel-Kontrolle besteht. (Hört! hört!) Soweit das nicht geschieht, sind wir in der üblen Lage, daß wir innerhalb des Reichs Gesetze machen, die wohlthätig wirken sollen, aber alle ihre Wirkung verlieren, weil es an den geeigneten Organen in den Einzelstaaten fehlt. Ich hoffe, daß dieses Gesetz den Anstoß geben wird, eine Nahrungsmittelkontrolle durchzuführen, die auf der vollen Höhe der modernen chemischen Wissenschaft steht. (W Bravo!)

Abg. Schmidt-Eberfeld (fr. Sp.):

Der Herr Staatssekretär meinte, es sei nötig, eine einheitliche Nahrungsmittelkontrolle durchzuführen und hoffte dies Gesetz würde den Anstoß dazu geben. Die Nahrungsmittelkontrolle ist aber in den einzelnen Staaten außerordentlich verschieden und eine Einheitlichkeit würde sich höchstens auf reichsgesetzlichen Wege erreichen lassen. Ich halte aber eine solche Kontrolle für ganz unbedenklich. Ich bitte Sie dringend den § 10 und die späteren darauf bezüglichen Paragraphen abzulehnen.

Abg. Jäger (l.):

Dieser Paragraph ist für uns einer der wichtigsten, ohne eine genügende Kontrolle wäre das ganze Gesetz wertlos.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Ich habe mich vergeblich bemüht, in dem Kommissionsbericht irgend welche Details über die Verhandlungen bei diesem Paragraphen zu finden. Der Bericht beschränkt sich auf die laienliche Bemerkung, daß der Paragraph unverändert Annahme fand. Wie soll die Kontrolle ordentlich durchgeführt werden. Die untergeordneten Polizeibeamten sind doch dazu sehr wenig geeignet. Der Herr Vorredner hat die Kontrolle mit der Gewerbeinspektion verglichen. Dabei handelt es sich doch aber nur um den Saft des Personals, hier soll dagegen der ganze Betrieb einer Kontrolle unterworfen werden, die der Ehlfane Thor und Thür öffnet. Ich bitte Sie, den Paragraphen abzulehnen.

Abg. Dr. Spahn (l.) spricht sich für den Kommissionsbeschluss aus.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Paragraph geht nicht von der Regierung aus, nachdem er aber einmal von der Kommission beschlossen ist, wird die Regierung für die Ausführung desselben sorgen müssen und diese Durchführung kann ich mir nicht anders denken als durch chemisch vorgebildete Sachverständige.

Abg. Blankenborn: Herr Müller-Sagan hat den Bericht der Kommission bemängelt. Wir können dem Herrn Berichterstatter nur dankbar sein, daß er die schwierige Materie so umsichtig behandelt hat. Herr Müller-Sagan hat den Bericht jedenfalls gar nicht gelesen, sonst hätte er wissen müssen, daß von der Kontrolle nicht bloß in einem Satz sondern über acht Seiten hin die Rede ist. — Was die Kontrolle selbst anlangt, so ist dieselbe durch die Kommissionsfassung gemildert worden, und ich bitte Sie dringend, diese Fassung anzunehmen.

Präsident Graf Ballekrem: Der Herr Abg. Nicker hat besondere Abstimmung über die Worte im zweiten Absatz verlangt, „falls Thatsachen vorliegen, welche annehmen lassen, daß zur Nachtzeit gearbeitet wird, auch während dieser Zeit“.

Abg. Schmidt-Rainz (l.): Ich bin entschiedener Gegner der hier vorgesehene Kontrolle. Die Winzer haben sich selbst gegen die Kontrolle ausgesprochen, sie wollen nicht unter ein Ausnahmengesetz gestellt werden. Gegen eine reichsgesetzlich geregelter Nahrungsmittelkontrolle würden sie nichts haben. Ich bitte Sie, den Paragraphen abzulehnen.

Abg. Wurm (Soz.):

Wir werden für die Kontrolle eintreten und meinen, der Beamte muß auch das Recht haben, in der Nacht Zutritt zu haben, falls Thatsachen vorliegen, welche annehmen lassen, daß zur Nachtzeit gearbeitet wird. Von einem Ausnahmengesetz kann keine Rede sein. Schon das jetzige Nahrungsmittelgesetz gestattet der Polizei Zutritt zu den Räumen, wo Nahrungsmittel hergestellt und verkauft werden. Ohne eine solche Kontrolle der Nahrungsmittel kann eben die heutige kapitalistische Gesellschaft nicht auskommen. Freilich ist es höchst bedauerlich, daß noch immer keine richtige Nahrungsmittel-Kontrolle mit eigens dazu ausgebildeten Sachverständigen existiert. Der Reichstag hat eine solche häufig genug gefordert. Das einfachste wäre es, wenn wir in das der Regierung genehme Sacharingesetz einen Artikel einfügten, welcher eine sachgemäße Kontrolle der Nahrungsmittel einführt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Sagan betont nochmals, daß der Bericht der Kommission für jemanden, der der Kommission nicht beigewohnt habe, sehr schwer verständlich sei.

Abg. Schreyff (l.): Der Herr Berichterstatter hat alles geleistet, was billigerweise von ihm verlangt werden konnte. (Große Geisterkeit links.) Ich meine, was von einem Berichterstatter bei dieser Materie verlangt werden konnte. Was die Kontrolle anlangt, so ist dieselbe von der Kommission einstimmig angenommen worden und ich bitte Sie, dem Paragraphen zuzustimmen.

Abg. Preiß (natl.) hofft, daß die Kontrollbestimmung eine heilsame Angst in den Kreisen derjenigen verbreiten wird, die sich bisher allzu sehr mit Verlängerung des Weins beschäftigt haben.

Abg. Reinhardt (natl.): Ohne die Kontrolle ist das ganze Gesetz ein Schlag ins Wasser und nicht einmal ins Zuckersaft. (Geisterkeit.) Ich bitte Sie, den ganzen Paragraphen anzunehmen.

In der Abstimmung wird § 10 unverändert angenommen. Der Rest des Gesetzes wird debattelos erledigt.

Die Beratung der Resolutionen wird von der Tagesordnung abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Graf Ballekrem: Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten: Dienstag 11 Uhr, mit der Tagesordnung: 1. Interpellation Herold (l.) (Hörbeauftragter zur Entzeit); 2. Interpellation Albrecht (Soz.) betreffend Explosion in der chemischen Fabrik Griesbach; 3. Interpellation Odenberg, betreffend die in englischer Gefangenschaft befindlichen deutschen Missionare; 4. Anfrage Albrecht (Soz.) und Trimborn (l.), betreffend die Gewerbeverträge.

Abg. Schmidt-Eberfeld (fr. Sp.) [zur Geschäftsordnung]: Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, den Antrag Gröber bezüglich der Diäten an einem der nächsten Tage zur Verhandlung zu stellen. Die große Mehrheit des Reichstags ist in dieser Frage einig, und die Parteien werden sich voraussichtlich auf kurze Erklärungen beschränken.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Ich glaube nicht, daß meine Freunde bereit sein werden, die Diskussion so kurz zu gestalten, wie es in der Kommission beabsichtigt war.

Die Abgg. Dr. Spahn (l.), Dr. Bacher (l.) und Singer (Soz.) schließen sich dem Abg. Schmidt-Eberfeld an.

Präsident Graf Ballekrem: Ich werde also die Herren am Ende einer der nächsten Sitzungen in die Lage versetzen, darüber zu befinden.

Schluss 3 1/4 Uhr.

Der Arbeitsvertrag der Berliner Maurer.

Der Vertrag, den der Verband der Baugeschäfte Berlins und der Vororte mit dem Centralverband der Maurer vor dem Gewerbegericht abgeschlossen hat, enthält folgenden Wortlaut:

Arbeitsbedingungen für das Maurergewerbe, gültig vom 1. April 1901 bis 31. März 1902 für alle Bauten von Berlin und den Vororten.

§ 1. Lohn.

1. Der Einheitslohn beträgt vom 1. April 1901 bis zum 31. März 1902 85 Pf. für die Stunde mit der Maßgabe, daß die Arbeitnehmer zur Ausführung aller Maurerarbeiten, sowie dies bisher üblich war, verpflichtet sind.

2. Mit Bezug auf die Arbeitsleistung gilt der Schiedsspruch des Berliner Gewerbegerichts, wonach ein Berliner Maurer bei gewöhnlichem Maurerwerk und bei neunstündiger Arbeitszeit in der Lage ist, durchschnittlich 600 bis 750 Steine zu vermauern. Bei dieser Durchschnittsleistung ist Zeitlohn in Betracht gezogen. Ferner handelt es sich bei dieser Durchschnittsleistung nicht um die tägliche Leistung eines einzelnen Maurers, sondern lediglich um die Leistung einer Kolonne.

3. Der Lohnsatz für durch Alter, Unfall, Invalidität minderleistungsfähige Gesellen sowie für Junggesellen im ersten Gesellenjahre, soweit dieselben bei ihrem Lehrmeister thätig sind, unterliegt der freien Vereinbarung.

§ 2. Lohnauszahlung.

1. Die Lohnauszahlung findet an jedem Sonnabend sofort nach Schluß der Arbeit mit Einbehaltung für Sonnabend auf dem Bau statt. Gesellen, welche am Sonnabend entlassen werden, und solche, welche am Sonnabend Feierabend nehmen wollen und dies bis spätestens Sonnabendvormittag 10 Uhr dem Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter erklärt haben, erhalten den Lohn unter gleichzeitiger Ausbändigung des Krankenkassenbuchs und der Invaliditätskarte für Sonnabend mit Ausbezahlung.

§ 3. Arbeitszeit.

1. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden mit der Maßgabe, daß die für die Dauer der kurzen Tage festgesetzte Arbeitszeit in der Regel nicht überschritten werden darf. Eine Ausbezahlung bis abends 6 Uhr ist zulässig für dringende Arbeiten, wenn der Arbeitsplatz genügend erleuchtet ist.

In jedem Fall wird nur die wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt und kann insbesondere der Arbeitnehmer keinen Lohn beanspruchen für die Zeit, in welcher die Arbeit durch Frost, Regen, Mangel an Material, Störung im Betriebe des für den Materialtransport event. verwendeten Fuhrwerks, auf polizeiliche Anordnung oder durch partiellen Streik der auf dem Bau beschäftigten Mitarbeiter hin unterbrochen wird. Durch eine derartige Unterbrechung wird das Vertragsverhältnis nicht aufgehoben, unbeschadet der Rechte, die sich aus § 6 (Kündigung) ergeben. Eben so wenig findet eine Lohnauszahlung für solche Zeiten statt, in denen der Arbeiter durch einen in seiner Person liegenden Grund an der Arbeit verhindert worden ist, auch wenn die Versäumnis entschuldbar und von nicht erheblicher Dauer ist. Während der Arbeitszeit ist die Agitation auf der Baustelle verboten.

§ 4. Arbeitseinteilung.

Table with 5 columns: Jahreszeit, Anfang, Frühstück, Mittag, Feierabend, Tagl. Arbeitszeit. Rows for 1. März bis 30. September, 1. Oktober bis 15. Novbr., 16. Novbr. bis 15. Januar, 16. Januar bis 1. März.

2. Diese Arbeitseinteilung gilt mit der Maßgabe, daß eine Veränderung der Arbeitszeit nur zu dem auf das betreffende Datum folgenden Wochenschluss zulässig ist, so daß innerhalb einer Arbeitswoche ein Wechsel in der Arbeitszeit nicht eintreten darf.

3. An den Sonnabenden ist in der Zeit vom 1. März bis 30. September abends eine Stunde früher Feierabend ohne Vesper; vom 1. Oktober bis zum 28. Februar ist an den Sonnabenden eine halbe Stunde früher Feierabend. An den Tagen vor den hohen Festen wird eine Stunde früher als an jedem andern Sonnabend Feierabend gemacht. Der Lohn wird bei allen drei Abstellungen für den vollen Tag ausgezahlt, sofern thatsächlich bis zu Feierabend gearbeitet wurde; war dies nicht der Fall, so kommt die nichtgearbeitete Stundenzahl in Abzug.

§ 5. Ueberstunden.

1. Ueberstunden sind zu vermeiden. Wenn dringende Arbeiten Ueberstunden bedingen, so sind dieselben von 6 Uhr abends ab mit 15 Pf. Lohnzuschlag zu entschädigen. Für Mühsamkeit ist täglich eine Ueberstunde zulässig und wird dieselbe mit Lohnzuschlag nicht bezahlt. Fordert eine Arbeit voraussichtlich für eine längere Dauer die Ueberarbeitung der jeweiligen Arbeitszeit, so ist die Arbeit in zwei Schichten einzuteilen, deren jede 9 Stunden nicht überschreiten darf. Die Stunden der Nachtschichten werden den Ueberstunden gleich bezahlt.

§ 6. Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

1. Den Arbeitgebern und Arbeitnehmern steht es frei, das Arbeitsverhältnis jederzeit ohne Kündigung und ohne Angabe von Gründen aufzuheben.

2. Ortskrankenkassenbuch und Quittungskarte der Invaliditäts- und Altersversicherung des Arbeiters werden während der Dauer des Arbeitsverhältnisses beim Arbeitgeber oder dessen Vertreter aufbewahrt und dem Arbeiter bei der Entlassung zurückgegeben. Sofern letzteres nicht möglich ist, so ist dem Arbeiter die Zugehörigkeit zu einer Krankenkasse zu bescheinigen und auf Wunsch Krankenkassenbuch und Karte unentgeltlich durch die Post zuzusenden.

§ 7. Baubüde.

1. Zum Schutze gegen Witterungseinflüsse und Diebstahl sowie zur Erholung und zum Einnehmen der Mahlzeiten, muß auf jedem Bau eine Baubüde zur Benutzung vorhanden sein. Dieselbe muß aus einem trockenen Raume bestehen, im Winter heizbar und so groß sein, daß bis zu 20 Arbeitnehmer für jeden Bauenden ein Raum von circa 0,75 Quadratmeter (darf höchstens um 10 Proz. differieren) und darüber hinaus für jeden weiteren Arbeitnehmer ca. 0,50 Quadratmeter zur Verfügung stehen. Genügend Tische und Bänke, sowie eine der Größe und Lage der Büde entsprechende Anzahl Fenster, welche zum Öffnen eingerichtet sind, sind bei Benutzung der Baubüde erforderlich.

2. Ferner muß die Baubüde dicke Seitenwände, welche im Winter mindestens aus doppelten Schalrettern resp. mit Pappe beschlagen oder aus gepulverten Brettern sein müssen, ein wasserdichtes Dach und einen hölzernen Fußboden haben, welcher mindestens 10 Centimeter über der jeweiligen Terrainshöhe des Hofes liegt und eine verschließbare Thür besitzt. Baumaterialien dürfen in der Baubüde nicht gelagert werden. Zur ersten Hilfe bei Unfallsfällen ist es notwendig, daß ein Kasten mit Verbandmaterial an einer zugänglichen und staubfreien Stelle aufgestellt wird.



3. Für die Heizung und Beschaffung von Heizungsmaterial hat der Arbeitgeber zu sorgen.

4. Auf jedem Bau muß jemand bestimmt sein, welcher die notwendigen Lebensmittel herbeischafft. Ein Zwang, in einem bestimmten Lokal zu verkehren, ist nicht statthaft.

§ 8. Abort.

1. Der Abort muß mit Wasseranlage versehen sein und ist möglichst abseits von bewohnten Räumen resp. der Gebäude aufzubauen; sollte hierzu kein Platz vorhanden sein, so ist Gelegenheit zur Wassererspaltung zu schaffen. Bei Benutzung von 20 bis 30 Arbeitern müssen mindestens zwei Eige und darüber für jede weiteren zwanzig Arbeiter wiederum ein Eige mehr bis zur Anzahl von sechs Eigen vorhanden sein. Die Eige sind aus vollständig abgedeckten und ausgeschlitzten Steilen herzustellen. Die Seitenwände müssen dicht und zugfrei und das Dach wasserfest sein. Für die notwendige Erhellung des Aborts muß ebenfalls Sorge getragen werden. Sind keine Türen vorhanden, so muß die Ansicht durch eine Schutzwand verpönt sein. Für wirksame Desinfektion, besonders in den wärmeren Jahreszeiten, ist unter allen Umständen Sorge zu tragen.

§ 9. Schlichter-Kommission.

1. Es wird eine Kommission gebildet, welche aus neun Arbeitgebern und neun Arbeitnehmern besteht. Die Wahl der Mitglieder dieser Kommission erfolgt durch den Verband der Baugeschäfte bzw. die Arbeitnehmer.

2. Der Kommission liegt die Schlichtung von Streitigkeiten aus diesen Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ob.

Wenn eine Entscheidung der Kommission nicht zu Stande kommt, können die Arbeitgeber oder die Arbeitnehmer-Vertreter inner-

halb 8 Tage die Entscheidung des Einigungsamts des Berliner Gewerbegerichts als zweite Instanz anrufen.

3. Bis zur endgültigen Entscheidung durch die Kommission resp. des Einigungsamts dürfen Wasperrn oder Aussperrungen unter keiner Bedingung verhängt werden. Nach der endgültigen Entscheidung sind Wasperrn oder Aussperrungen nur zulässig, wenn der Entscheidung nicht Folge geleistet wird.

4. Bei Verstößen gegen diese Arbeitsbedingungen hat die Schlichter-Kommission die erforderlichen Gegenmaßnahmen zu treffen. Für den Fall, daß die Schlichter-Kommission eine Einigung nicht erzielt oder eine der Parteien mit der Entscheidung der Schlichter-Kommission nicht zufrieden ist, kann binnen acht Tagen nach der letzten hierin in Betracht kommenden Sitzung der Schlichter-Kommission die Entscheidung des Einigungsamts anrufen werden. Bei Verfehlungen der Arbeitnehmer gegen diese Arbeitsbedingungen verpflichtet sich die Organisation derselben, den betreffenden Arbeitnehmern keinerlei materielle oder moralische Unterstützung zu leisten, es sei denn, daß die in diesen Arbeitsbedingungen vorgesehenen Instanzen ein Unrecht der Arbeitnehmer nicht anerkannt haben. Ebenso verpflichtet sich der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten einen trotz Schiedspruchs des Einigungsamts vertragsbrüchig bleibenden Arbeitgeber keinerlei Unterstützung angedeihen zu lassen.

5. Die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer-Vertreter verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß zur Aufrechterhaltung dieser Bedingungen einzusetzen und im Widerspruch mit denselben ausbrechende Sperrn oder Aussperrungen nicht zu unterstützen.

6. Am Herbst, spätestens November 1901 hat die Schlichter-Kommission zusammenzutreten und die Arbeits- und Lohnverhältnisse bis zum 31. März 1902 festzusetzen. Der Entscheidung der Kommission haben sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu unterwerfen, vorbehaltlich

der Genehmigung ihrer Auftraggeber. Falls dann keine Vereinbarung zu Stande kommt, läuft der Vertrag ab.

§ 10. Arbeitszettel.

1. Arbeitszettel, welche eine schriftliche Anerkennung dieser Arbeitsbedingungen enthalten und deren Wortlaut von der Schlichter-Kommission festgestellt ist, sind zulässig.

§ 11. Geltungsbezirk.

Diese Arbeitsbedingungen gelten in den folgenden Orten: Adlershof, Baumschulenweg, Berlin, Bohnsdorf, Borsigwalde, Brigg, Buchow, Charlottenburg, Cöpenick, Döbelen, Dalldorf, Deutsch-Wilmersdorf, Friedenau, Friedrichshagen, Friedrichshof, Friedrichshagen, Glienicke, Groß-Lichterfelde, Grünau, Grunewald, Haselhorst, Heinersdorf, Hohen-Schönhausen, Johannisthal, Jungfernheide, Karlshorst, Lankwitz, Lichterfelde, Mariendorf, Mariensfeld, Nieder-Schöneweide, Nieder-Schönhausen, Neu-Weißensee, Ober-Schöneweide, Panlow, Plöthenje, Reinickendorf, Rixdorf, Rudow, Rummelsburg, Saathwinkel, Scharnberg, Schöneberg, Schönholz, Steglitz, Straßburg, Südbend, Tegel, Tempelhof, Treptow, Weißensee, Westend, Zehlendorf.

In denjenigen Vororten, wo augenblicklich ein geringerer Lohn als der für Berlin festgesetzte gezahlt wird, bleibt dieser Lohn bis zum 31. März 1902 bei neunmündiger Arbeitszeit bestehen. Bei einer Steigerung oder Herabsetzung des Lohns in Berlin wird der Lohnsatz in den betreffenden Vororten in gleichem Prozentsatz erhöht oder herabgesetzt.

Der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten. Hans. H. Bahl. O. Heuer.

Der Centralverband der Maurer (Berlin und Umgegend). Karl Panzer. Gustav Becker. S. Silberfeld.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 7. Mai. Opernhaus. Der Evangelist. Bergheimnacht. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Macbeth. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Kroß). Schiller. Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 8 Uhr. Deutsches. Der Meister von Valmyra. Anfang 7 1/2 Uhr. Festung. Die Frollo'sche Schwester. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. D' Parisier Reif. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Leonorens Gemahlin. Vorher: Terzette. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Gastspiel des Schiller'schen Bauern-Theaters. Jägerblut. Anfang 8 Uhr. Weisen. La Traviata. Anfang 7 1/2 Uhr. Secessionsbühne. Bunter Theater. Liebesdrei. Anf. 8 Uhr. Thalia. Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr. Suisse. Kabale und Liebe. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Madame Mephisto. Anfang 7 1/2 Uhr. Carl Weich. Der Bräutigam vom Himmel. Anfang 8 Uhr. Belle Alliance. Gastspiel der Schwarzwälder. Die Nichte im Schwarzwald. Anfang 8 Uhr. Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr. Palast. Weichlöcher. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Passage-Theater. Damen-Ringskampfe Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nach 8 Uhr. Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Urania. Landstr. 48/49. (Im Theaterland) Abends 8 Uhr: Dr. P. Schwahn: „Gletscher und Eiszeit“. Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr. Sternwarte. Schiller-Theater (Wallner-Theater). Dienstagabend 8 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen. Schwank in 4 Akten von Franz und Paul von Schönthan. - Mittwochabend 8 Uhr: - Gastspiel Ferdinand Bonn. Zum erstenmale: Die Jüdin von Toledo. Donnerstagabend 8 Uhr: Gastspiel Ferdinand Bonn. Die Jüdin von Toledo. Thalia-Theater Ensemble-Gastspiel des Friedrich-Wilhelmstädt. Theaters. Die Fledermaus. Prosa-Emil Thomas a. G. Eisenstein - Herr Streitmann, Franz - Dr. Witt, Holalinde - Frä. Reichsberg, Adele - Frä. Zimmermann, Etelka - Frä. Doer. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Derselbe Vorstellung.

GRANIA \* \* \* Taubenstr. 48/49. Im Theater Dienstagabend 8 Uhr: Dr. P. Schwahn: „Gletscher und Eiszeit“. Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

Central-Theater. Heute Anfang 8 Uhr. Mit ganz neuer Ausstattung an Kostümen, Dekorationen u. Requisiten, zum 627. Male: Die Geisha. Operette in 3 Akten v. Sednes Jones. Morgen und folgende Tage: Die Geisha. - Anfang 8 Uhr.

Carl Weiss-Theater. Dr. Frankfurterstr. 132. Robiät! Großer Erfolg! Täglich: Der Bräutigam vom Himmel. Gesangsposse in 5 Akten von Wilhelm Wittich. Bearbeitet von Carl Weich. Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Derselbe Vorstellung.

Metropol-Theater. W. Behrenstraße 55/57. Das anerkannt beste Mai-Spec.-Programm. Berlins. 16 neue Nummern. Anfang 8 Uhr. Handen überaus gefüllt.

Apollo-Theater. Sensationeller Erfolg des neuen Sommer-Programms. Geschw. Gasch Paul Petras Kreps und Tochter Excelsior • Egger-Rieser Der Kosmograph. Um 9 1/2 Uhr: Frau Luna mit dem berühmten Luftballett Grigolatis. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

Sanssouci. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Nordd. Sänger. Stets wechselndes Programm. Nach jeder Vorstellung: Tanzkränzchen. Wochentags Vereinsbillets gültig. Tanz frei. Für die Sommerhalbjahr, während welcher die Vorstellungen täglich im Garten stattfinden, sind noch Sonnabende für Vereine frei.

Wedding-Park. Müller-Strasse 178. Jeden Dienstag: Norddeutsche Sänger. Blegler, Wolff, Hohenberg etc. Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

Zoologischer Garten. Täglich, nachm. 4 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Entree 1 Mark. Von abends 7 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Friedrich-Strasse 165. Castans Panoplicium. Entree 50 Pf. Kinder die Hälfte.

W. Noacks Theater. Brunnenstraße 16. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: Theater-Vorstellung. O, diese Weiber! Schwank in 3 Akten von Werner. Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Bedienstetes urfrom. Programm. Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Herren-Anzüge. u. Paletots, eleg. Ausführung, auch nach Maß, geg. Kasse u. Teilzahlung. Landsbergerstr. 13, part., kein Laden.

Versuche Dein Glück! i. d. bekannt. Glücks-Kollekte J. Rosenberg, 51. Kommandanten-Strasse 51. Sofortige Auszahlung von Gewinnlosen. Wahlfahrts-Geldlose a. 3,30 M. Berlin S.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie für die Zwecke der Deutschen Schutzgebiete. 16 870 Gewinne Bar ohne Abzug im Betrage von 575,000 Mark. Die Hauptgewinne sind: 100,000, 50,000, 25,000, 15,000 Mk. etc. Loose à 3,30 Mark (Porto und Liste 30 Pf. extra) empfehlen und versenden prompt Oscar Bräuer & Co. Nachf., Bank-Geschäft. Berlin W., Friedrichstr. 161. Filiale: NW., Wilsnackerstr. 63. Ziehung 31. Mai u. folg. Tage.

Riesen-Walfisch 21 Meter lang. 150 000 Pfd. schwer. Vollständig geräuchert! Eintrittspreis 20 Pf. Alexanderstraße, Ecke der Magazinstraße. Schluß der Ausstellung in Berlin Anfang nächster Woche.

Achtung! Werder. Achtung! Restaurant „Schwarzer Adler“ Fischerstr. 98. Inhaber: Max Koch. Dampferstation. 7586. Allen Parteigenossen, Gewerkschaften und Vereinen empfehle bei Ausflügen nach Werder meine Lokalitäten zur freundlichen Verköstigung.

„Berolina-Leibträger“ Messingbe geprüfte Hüftumhänge. D. R.-G.-M. No. 91 633. M. 7,50-12,00 pr. Stück je nach Größe. Der Berolina-Leibträger besitzt den starken Leib u. starke Hüften. Für Nabel-, Bauch- und Leistenbruch, für Nieren- und Magenleiden unentbehrlich. Senkung, Hängeleib und Rückenschmerzen verlieren sich vollständig, dafür volle Garantie! Jede Frau nach dem Wochenbett müsste die Berolina-Leibbinde tragen, dann giebt's kranke Frauen nicht mehr! (1418)\* Operationen kommen fast gänzlich in Wegfall durch d. Tragen des Berolina-Leibträgers. Hierzu die passenden Berolina-Korsetts. Die Erfinder und alleinigen Fabrikanten Emil Billeit & Co., Berlin S. 14, Kommandantenstr. 59, I. Etage. Versand per Nachnahme, Umtausch gestattet.

Ziehung 9. Mai der beliebtesten Marienburger 23. Pferde-Loose à 1 Mk. Lotterie. 11 Loose 10 Mk., Porto u. Liste 20 Pf. Hauptgewinne: 1 Eine Equipage m. 9 000, 4 Ein Wagen mit 5 000, 2 Ein Wagen mit 3 500, 2 Ein Wagen mit 3 000, 2 Ein Wagen mit 2 300, 1 Ein Wagen mit 1 200, 1 Ein Wagen mit 1 000, 2 Ein Gewinn von 1 500, 5 Paal Gewinne 5 500, 1 Pferd 1 W. 1 500, 64 Wagonp. 1 W. 36 000 und noch 3447 werthvolle Gewinne. Loose-Versand gegen Postanweisung od. Nachnahme durch General-Debit Lud. Müller & Co., Berlin, Breitestr. 5. Tel.-Adr.: Glücksmüller.

Deutsche Kaffee-Mischung einzig in seiner Art. à Pfd. 40 Pf.

Deutsche Kaffee-Rösterer A. Pennitz, Berlin C., Rosenthalerstr. 59 und mit Placat versehenen Handlungen. Maschinisten-Anzüge in allen Größen. Anzug 3,00 und 5,50 Mk. Jacken 1,50 und 2,75 Mk. Hosen 1,50 und 2,75 Mk. Carl Stier, 7882\* Oranienstr. 166.

Gr. Vortrag. Nur Herren haben Zutritt. Die schweren Folgen bei falscher Behandlung der sogenannten geheimen Leiden. Referent: H. Müller, prakt. Naturheilkundiger. Kurbad, Große Frankfurterstr. 87. 1170b

Gardinen. 15000\*. Renditen. Secessions- und Jugendstil, circa 250 Muster. Katalog (450 Illustr.) franco. Reste von 2-6 Fenster unter Preis. Berlin S., Dranienstr. 158.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn Walter Mende am 5. Mai sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus am Friedrichshagen nach dem Lazarus-Kirchhof in Hohen-Schönhausen statt. Um stille Beileid bitten. 11810. Max Mende und Frau geb. Kotte.

Dankagung. Allen denen, die unsern lieben Vater und Schwiegervater die letzte Ehre erwiesen haben, sagen wir für ihre innige Teilnahme unsern besten Dank. Gustav Panther u. Frau, Familie H. Riedel, C. Lieber.

Dankagung. Allen denen, die meinem Mann die letzte Ehre erwiesen, insbesondere dem Verein der Zimmerer, sowie den Mitgliebrern des sozialdemokr. Wahlvereins für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten) meinen herzlichsten Dank. Wwe. Köppler nebst Kindern.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2. Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert. Gelegenheitskäufe! Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Operngläser, Teppiche, Kessel, Revolver, Leuchttürme, Schirme, Stühle, Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, Weisszeuge, Harmonikas, Geigen, Sitteln usw. zu spottbilligen Preisen. Gustav Lucke, 131 Dranien-Strasse 131. 30 Mark elegante Herren-Anzüge nach Mass. 30 Mark hochfeine Sommer-Paletots nach Mass. Für 10 Mark hochelegante Bekleidungsstücke nach Mass, (1461 L. guter Stoff, tadelloser Sitz!) 14 Krausen-Strasse 14, 1 Tr. Kein Laden. 1 Tr.

Eigene Fabrikation. Fertige Kleider Enorm billig. Homespaukleid 15 Mk. Jacketkleider elegante Façons i. Cheviot, Homespau 18 Brl., 20 Brl., in feinsten Ausführungen 30 Brl. (14769)\* Schwarze Kleider in neuesten Fantasiestoffen 20 Brl., 25 Brl., 30 Brl.

Jackets neue moderne Façons, 8 Brl., 10 Brl., 12 Brl., 15 Brl. Sackpaletots 12 Brl., 15 Brl., 20 Brl. Kostüm-Röcke in den neuesten Façons, schwarz u. farb., auf Futter 6 Brl., 7 Brl., 10 Brl., 12 Brl., 15 Brl. Tailor made-Kragen aus feinstem Tuch, model. u. schm. 12 Brl., 15 Brl., 20 Brl. Schwarze, glatte u. bestickte Capes und Kragen in reinwollenen Sammgarn 10 Brl., 15 Brl., 20 Brl. Regenmäntel in neuesten Façons 15 Brl., 20 Brl.

Sielmann & Rosenberg Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße. Maassanfertigung.

Deutsche Konzerthallen An der Spandauer Brücke 3. In den 5 Riesenbögen: Täglich: Internationale Künstler-Konzerte. 4 ausländische Kapellen. Im 6. und 7. Bogen: Theater-Abteilung: „Die Bohème“ (Künstler-Varieté).



**Achtung!** **Achtung!**  
**Socialdemokratischer Wahlverein**  
 für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
 Dienstag, 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Schneiders Gesellschaftshaus,  
 Belfortstr. 15:  
**Versammlung.**  
 L.D.: Vortrag des Abgeordneten Baudert über: Die Poesie im  
 Dienste der Freiheit. Diskussion.  
 Gäste willkommen. **Der Vorstand.** 247/7

**Achtung, Bevölkerung Berlins!**  
 Mittwoch, den 8. Mai 1901,  
 abends 8 1/2 Uhr, finden

**2 öffentl. Versammlungen**  
 statt  
 für den Norden im „Eiskeller“, Chausseestraße 88,  
 Referent: Herr Dr. C. Freudenberg  
 für den Süden bei Bughenhagen, am Morichplatz  
 Referent: Herr Dr. R. Friedeberg.  
 Tagesordnung in beiden Versammlungen:  
 1. Die Ausdehnung der Bevölkerung durch den Arzneiwucher.  
 Die kann Abhilfe geschaffen werden? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 272/12 Die Ginderufer.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Zahlstelle Berlin.  
 Mittwoch, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**Vertrauensmänner-Versammlungen**  
 Südosten: bei C. Behrend, Mantuffelstr. 95.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Werkstattangelegenheiten. 2. Verschiedenes.  
 Süden: bei Retzolk, Wasserhorststraße 68.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Bericht der Kommission. 3. Die  
 Differenzen bei Brandt, Dieffenbachstr. 36.  
 In Anbetracht der Aussperrungen vom 1. Mai ist es unbedingt not-  
 wendig, daß sämtliche Werkstätten vertreten sind.  
 Süd-Westen und Westen: in Habels Brauerei,  
 Bergmannstr. 5-7.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Vertrauensleute. 2. Verschiedenes.  
 In Anbetracht der Aussperrungen vom 1. Mai ist es unbedingt not-  
 wendig, daß sämtliche Werkstätten vertreten sind.  
 Moabit: im Lokale des Herrn Jocksch, Turmstr. 84.  
 Tages-Ordnung:  
 Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Jede Werkstatt muß vertreten sein.  
 Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Raabe,  
 Kolbergerstraße 23.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Werkstatt-  
 angelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
 Musikinstrumenten-Arbeiter bei Nowack,  
 Mantuffelstraße 9.  
 Jede Werkstatt muß vertreten sein.  
 Modell- u. Fabrikstischler, sowie Modell-  
 drechsler im Lokal von Diecke, Katerstr. 123.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Ver-  
 schiedenes.  
 Jede Werkstatt muß vertreten sein.  
 Alle Anfragen und Zusendungen sind an den stellvertretenden Obmann  
 G. Deßinghaus, Sulzstr. 20, r. Aufg. II, zu richten.

**Drechsler.**  
 Osten und Nordosten: bei Matthes,  
 Kopenstraße 41.  
 Norden: Brunnenstr. 150 bei Neumann.  
 Südosten u. Südwesten: bei Möhring.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
 Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.  
 Jede Werkstatt, auch Tischlererei, wo Drechsler beschäftigt sind, muß  
 vertreten sein.  
 Donnerstag, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung der Stellmacher**  
 bei Bauer, Rosenhalerstraße 57.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Neuwahl der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Verbandsangelegen-  
 heiten. 3. Verschiedenes.  
**Die Kommission.**

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
 (Verwaltungsstelle Berlin).  
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.  
 Mittwoch, den 8. Mai 1901, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung für den Süden**  
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen Wiesenhal. 2. Neuwahlen zu den  
 Bezirksleitungen. 3. Verbandsangelegenheiten.  
 Mittwoch, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**Vertrauensmänner-Konferenz für den Westen**  
 bei Bartel, Bälowsstraße 59.  
**Vertrauensmänner-Konferenz der Klempner**  
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.  
 Mittwoch, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung für Ober-Schöneweide**  
 bei Jahn, Wilhelmminenhofstraße 19.  
**Die Ortsverwaltung.**  
 114/15

**„Armin-Hallen“**  
 Kommandantenstraße 20.  
 Wir empfehlen unsern über 1000 Personen fassenden großen schattigen  
 Natur-Garten nebst großem Saal und Nebenzimmern, ca. 1000 Personen  
 fassend, vollständig renoviert, zur Abhaltung von Sommerfesten etc.  
 (Für Vereine auch Kaffeehäuser) — Gleichzeitig erlauben wir uns, unsere  
 8 Vereinszimmer in jeder Größe in Erinnerung zu bringen.  
 14072] Gebr. Moltz, „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 20.

**Central-Verband der Maurer.**  
 Zahlstellen Berlin und Umgegend.  
 Dienstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, in Louis Kellers Festhale, Kopen-Str. 29:  
**General-Versammlung**

aller zum Vertragsgebiete Berlin u. Umgegend gehörigen Verbandszahlstellen.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Das Resultat der Mai-Aussperrung und unfre Stellungnahme dazu.  
 2. Wahl der Achtzehner-Kommission zum neuen Vertrage.  
 Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Eintritt.  
**Zur Kenntnisnahme unserer Mitglieder!** Die Bureaus zur Abstempelung der Kontroll-  
 karten für die Mai-Gemahregeiten in den Vierteln und Zahlstellen des Vertragsgebiets sind mit Sonnabend, den  
 4. Mai, aufgehoben. Das Material bitten wir bis spätestens Montagabend an die Verbandsleitung abzuliefern.  
 Am Montag, den 5. Mai, werden Abstempelungen der Kontrollkarten nicht vorgenommen. Mai-Gemahregeite,  
 welche noch am Dienstag arbeitslos sind, wollen sich zur weiteren Kontrolle täglich während der Vormittags-  
 stunden im Bureau Engel-Ufer 15, Zimmer 29, melden, wofür die Karte für Montag mit abgestempelt wird.  
 157/11\* **Die Verbandsleitung.**

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
 (Zahlstelle Berlin.)  
 Morgen, Mittwoch, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über:  
 „Aus der Urgeschichte des Christentums.“ 2. Verbandsangelegen-  
 heiten und Verschiedenes. 24/4  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

**Radfahrer! Steglitz. Radfahrer!**  
 Donnerstag, den 9. Mai cr., abends 8 1/2 Uhr:  
**Öffentliche Radfahrer-Versammlung**  
 bei Schellhase in Steglitz, Hornstraße 15 a.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über die Ziele und Bestrebungen des Arbeiter-Radfahrer-  
 Bundes „Solidarität“. 2. Diskussion. 1184b  
 Der Zweck der Versammlung ist, für Steglitz einen Arbeiter-Radfahrer-  
 Verein zu gründen, deshalb ist es Pflicht aller Sportgenossen, zu erscheinen.  
**Karl Fischer.**

**Achtung, Stodarbeiter!**  
 Am Dienstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, bei Stehert,  
 Andraastr. 21 (oberer Saal):  
**Öffentliche Versammlung**  
 der Stod-, Schirm- und Celluloid-Arbeiter.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht des Vertrauensmannes und der Agitations-Kommission. 175/6  
 2. Abrechnung des Streikfonds-Kassierers. 3. Verschiedenes.  
 Nach Schluß dieser Versammlung findet die erste **Gruppen-  
 Versammlung der Stockarbeiter** im Anschluß des Holz-  
 arbeiter-Verbands statt.  
 Tages-Ordnung:  
 Wahl des Obmanns und der Kontroll-Kommission.  
 Es ersucht um pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Kollegen  
**Der Vertrauensmann und die Kommission.**

**Wäscherinnen, Plätterinnen,**  
 sowie alle in der Wäsche- und Krawattenbranche beschäftigten  
 Arbeiter und Arbeiterinnen von  
 Schöneberg, Charlottenburg, Wilmersdorf, Mariendorf,  
 Tempelhof, Steglitz und Friedenau etc.  
 Mittwoch, den 8. Mai cr., abends 8 1/2 Uhr, im neuen großen  
 Saal des Herrn Cbst in Schöneberg, Martin Luther- und  
 Weiningerkranen-Gde:  
**Große öffentliche Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wie haben wir am besten unsere Lohnverhältnisse? Referentin Frau  
 Emma Ihrer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 251/5  
 Erscheint recht zahlreich. Mit kollegialem Gruß  
**Die Ginderuferin: Frau Selke, Plätterin, Schöneberg.**

**Verein der Tischler Berlins und Umgeg.**  
**Vertrauensmänner-Centralisation.**  
 Dienstag, den 7. Mai 1901, abends 8 Uhr, bei Franke,  
 Ballisadenstraße 9:  
**Vertrauensmänner-Versammlung.**  
 Um pünktliches Erscheinen ersucht 186/10 **Der Vorstand.**

Das beste tägliche Getränk.

**van Houtens  
Cacao**

sollte jeder als tägliches Getränk an Stelle von  
 Kaffee und Thee genießen, welcher seine  
 Nerven schonen und Körper und Geist rego  
 und gesund erhalten will.

In Berlin wird van Houtens Cacao tassenweise ausgeschenkt  
 in van Houtens Cacao-Stube, Werderachestraße 7, in  
 der Nähe von Gerson.

**Karl Preusser,**  
 Schlosser aus Wiesbaden,  
 29 J. alt, wird erlucht, sofort zu sei-  
 nem kranken Vater nach Wiesbaden  
 zurückzuführen, da seine Mutter im  
 zwischen verstorben ist. Jeder, welcher  
 in der Lage ist, dem Genannten Mit-  
 teilung hierüber machen zu können,  
 wird gebeten, dies unverzüglich zu  
 thun. **K. Preusser, Privatier,  
 Wiesbaden, Nerostr. 10.**

**Bruch-Pollmann**  
 empfiehlt sein Lager in Bruchband-  
 agen, Leibbinden, Geradhaltern,  
 Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl.  
 Artikel zur Krankenpflege.  
**Eigene Werkstatt.** [11002\*]  
 Vierterant  
 für Orts- und Hilfs-Krankentassen.  
 Berlin C,  
**30. Finien-Str. 30.**

Konsum-Verein Berlin-Rixdorf (G. G. m. B. G.)  
 Nachtrags-Berichtigung

Die Zahl der Genossen betrug am 30. September 1899	299
Neuzugeworbenen	303
	Sa. 602
Ausgeschieden sind am 30. September 1900	19
Rückzahl der Genossen am 1. Oktober 1900	Sa. 673
Das Mitglieder- oder Geschäftsguthaben stellte sich am	
30. September 1899 auf	RM. 8 970,-
Dasselbe hat sich vermehrt um	11 220,-
Betrag daher am 1. Oktober 1900	RM. 20 190,-
Die Postsumme der Mitglieder stellte sich am 30. Sep- tember 1899 auf	RM. 8 970,-
Dieselbe hat sich vermehrt um	11 220,-
Betrag daher am 1. Oktober 1900	RM. 20 190,-

Rixdorf, den 15. April 1901. 99/13  
 Konsum-Verein Berlin-Rixdorf (G. G. m. B. G.)  
 Richard Doebe. Otto Schuyll.

**VIII. VIII.**

**Berliner Pferde-Lotterie.**  
 Ziehung in Berlin im Kaiserhof am 10. Mai 1901.  
 3333 Gewinne Wert Mark  
**100 000**  
 Hauptgewinn: M. 10 000, 8000 etc.  
 Lose a 1 Mark, 11 Lose = 10 Mark,  
 Porto u. Liste 20 Pf., versendet gegen Briefmarken oder Nachnahme  
**Carl Heintze, Berlin W.**  
 Unter den Linden 3.

**J. Brünn**  
 (Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4.  
 14442\* Wegen Umbau und Erweiterung  
 der Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner  
**Teppiche! Gardinen!**  
**Steppdecken! Portieren!**  
 zu außergewöhnlich billigen Preisen zum  
**Ausverkauf!**  
 Einzelne fehlerhafte Exemplare  
 für die Hälfte des Wertes.

**Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik**  
 von **A. Schulz, Reichenbergerstr. 5,**  
 empfiehlt Einrichtungen von 250 bis 10 000 M. 14432\*  
 Anerkannt geübene Arbeit, billige Preise, coulante Zahlungsbedingungen.  
**Charlottenburg!**  
 Uhrmacher Kunstmann, Wallstraße 1.  
 Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. (1108L\*)

**Künstl. Zähne**  
 ohne Entfernung der Wurzel  
 Schmerzloses Zahnziehen.  
 Plomben sowie sämtliche  
 Zahnoperationen schmerzlos.  
 Teilzahlung per Woche 1 Mk.  
 Meine 15-jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und  
 gewissenhafte Ausführung. 11552\*  
**Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstraße.**  
 Hierdurch die ergebene Anzeige, daß wir unser Kurbad von der  
 Magasinstraße 17 nach der Grossen Frankfurter-  
 straße 87 verlegt haben. 11715  
 Mit vorzüglicher Hochachtung  
 die Besitzer und Leiter  
**H. Müller, J. Kasiske.**  
 Praktische Naturheilbündeige.

**Fahrräder!** Neue und gebrauchte sehr billig. **Memelerstr. 48a,** Bequeme Teilzahlungen. **Carl Röper.** Königsbergerstrasse.



14. Ziehung 4. Klasse 204. Nat. Preuss. Lotterie.

118015 45 74 110 61 73 [3000] 355 528 676 912 119015
120099 205 25 [3000] 784 824 82 121043 [3000]
74 123 25 687 857 62 905 10 122032 144 [3000] 90

14. Ziehung 4. Klasse 204. Nat. Preuss. Lotterie.

118015 45 74 110 61 73 [3000] 355 528 676 912 119015
120099 205 25 [3000] 784 824 82 121043 [3000]
74 123 25 687 857 62 905 10 122032 144 [3000] 90

14. Ziehung 4. Klasse 204. Nat. Preuss. Lotterie.

118015 45 74 110 61 73 [3000] 355 528 676 912 119015
120099 205 25 [3000] 784 824 82 121043 [3000]
74 123 25 687 857 62 905 10 122032 144 [3000] 90

14. Ziehung 4. Klasse 204. Nat. Preuss. Lotterie.

118015 45 74 110 61 73 [3000] 355 528 676 912 119015
120099 205 25 [3000] 784 824 82 121043 [3000]
74 123 25 687 857 62 905 10 122032 144 [3000] 90

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben sollen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptredaktion Buchstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe. Restauration frankfurter Hof... Kleiner Wagen... Fahrrad... Nähmaschine...

Sportwagen, Spielzeug, fahrig... Motorrad... Fahrrad... Nähmaschine... Klavier...

Patentanwalt... Unfallwagen... Anfertigung... Damenkleider... Nähmaschine...

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Vermietungen. Tüchtige Nadlergehilfen... Tüchtige Kesselschmiede... Achtung! Holzarbeiter... Achtung! Töpfer!... Möbelpolierer!



Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Die Parteigenossen und Genossinnen werden auf die am 10. Mai, abends 8 Uhr, im großen Saal der Bodbrauerei, Fildischstr. 8, stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht.

Der Wahlverein für den 6. Reichstags-Wahlkreis hält heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr, in Schneiders Gesellschaftshaus, Welfenstraße 16, seine Versammlung ab.

Wahlverein Groß-Vichtersfelde-Lankwitz. Mittwoch, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in Pagels Etablissement, Chausseestr. 104.

Mariendorf-Tempelhof. Heute, Dienstag, findet im Lokal von Abel, Tempelhof, Germaniastr. 1, pünktlich 8 1/2 Uhr, die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins statt.

Kommunales.

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl eines Stadtsyndikus an Stelle des ausgeschiedenen Stadtsyndikus, jetzigen Ober-Verwaltungsgerichtsrats Hr. Neubrühl, beschäftigte sich am Montagabend mit der Frage, ob zunächst ein Stadtsyndikus oder ein besoldeter Stadtrat an Stelle des zum Bürgermeister gewählten Stadtrats G. Kauffmann zu wählen sei.

Kokales.

Die Kosten der Verpflegung in den städtischen Krankenhäusern.

In dem neuesten Jahresbericht der Deputation für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege findet sich wieder die übliche Aufstellung über die Kosten, die der Stadt aus ihren Krankenhäusern erwachsen.

Die Einheitsheit der Lehrmittel an den Berliner Gemeindeschulen ist von der Kommission, die sich mit der Umgestaltung des Gemeindeschul-Lehrplans beschäftigt, als wünschenswert bezeichnet worden.

Berlin liegt bei Umstellungen den Eltern der Gemeindeschulkinder nicht nur Opfer auf, die oft sehr drückend empfunden werden, sondern sie bildet auch eine Quelle fortwährenden Kerkers für die Eltern und die Lehrer und trägt nicht wenig zu der Spannung bei, die zwischen Schule und Haus leider vielfach besteht.

Es geht abwärts! Auch bei dem hiesigen Kaufmännischen Hilfsverein für weibliche Angestellte hat sich in der Stellenvermittlung, die der Verein unterhält, die Verschlechterung des Arbeitsmarkts recht bemerkbar gemacht.

Über die Beteiligung der Frauen an der öffentlichen Armenpflege führte in einer Versammlung der Armenkommissions-Vorsteher der Vorsteher der Armenverwaltung, Herr Stadtrat Dr. Mänsterberg, etwas folgendes aus: Zunächst sei hervorzuheben, daß, wenn Frauen als Mitglieder gewählt werden sollen, sie ebenso wie die anderen Mitglieder im Bezirk der betreffenden Armenkommission wohnen müssen.

Neue Straßenbahnunfälle. Eine aufregende Szene spielte sich Sonntagabend um 8 1/2 Uhr am Alexanderplatz ab.

Leitung aus Lebensgefahr. Von der Freiarchenbrücke sprang der Koch Alexander A. aus Neure darüber, daß er seine Schwester geschlagen hatte, in den Landwehrkanal.

Der romantische Tertianer. Das Ansehen erregende Verschwinder des 16-jährigen Tertianers Paul Müller, dessen Schulkasse in Spandau in einem Festungsgraben gefunden wurde, ist jetzt aufgeklärt.

Arbeitererisiko. Bei einem Abriß in der Lothringergasse, 44/45 verunglückte gestern der Arbeiter Karl Schomburg sehr schwer.

Die auf Veranlassung des Oberpräsidenten bei der Stadt-Hauptkasse mit Erfolg und ohne Säumen ausgeführte Zwangsversteigerung wird zu einem Prozeß der Stadtgemeinde gegen den Steuerfiskus führen.

In einem Hotel vergiftet hat sich der 26 Jahre alte Drogenhändler Wilhelm Schröder, der Sohn einer Witwe aus der Steglitzerstraße 73.

Drogenhandlung in der Potsdamerstraße angestellt und kaufte sich Anfangs voriger Woche selbst ein Geschäft in der Fehrbellenerstr. 94. Am Sonntagabend um 5 Uhr verließ er seine Mutter, bei der er noch wohnte, ohne daß man ihm etwas anmerkte, ging in ein Hotel in der Kaiser Wilhelmstraße und vergiftete sich dort.

Auch ein Terrainspekulant. Von einem Berliner Hochkapler ist vorige Woche der Vertreter einer Terraingesellschaft geprellt worden, die in der Umgegend von Spandau an der Hamburger Eisenbahn ein Rittergut parzelliert.

Ueber einen furchtbaren Vorgang auf dem Bahnhof Jungfernheide wird berichtet: Beide Weine wurden der 19 Jahre alten Tochter Luise des Wäders Mainka aus der Prinz Eugenstraße Nr. 11 abgefahren.

Ueber eine That der dunklen Ursprungs wird berichtet: Eine aus Danzig gebürtige Prostituierte Galeska Amtmann, die sich hier ohne feste Wohnung aufhält und bald hier, bald dort ein Unterkommen findet, ist durch einen Messerstich in die Seite, der die Lunge verletz, lebensgefährlich verwundet worden.

Feuerbericht. Eine Gasexplosion erfolgte Montagmorgens in der Gütchenstraße 108 in dem Augenblick, als ein Gasarbeiter ein unrichtig gewordenes Rohr ablenktete. Glücklicherweise kam er mit nur unbedeutenden Brandwunden davon, auch konnte der entstandene Zimmerbrand leicht erstickt werden.

In der Urania findet der für heute (Dienstag) angeordnete Vortrag des Herrn Dr. Wegener „Zur Kriegszeit durch China“ nicht statt; dafür wird Herr Dr. V. Schwahn über „Wescher und Elzei“ sprechen.

Ergeißelung. Der Orgelvorzug in der Marienkirche am Mittwoch, den 8. Mai, mittags 12 Uhr, wird ausgeführt vom Herrn Musikdirektor Otto Diemel.

Bei der Raifester im „Eiseller“ und im „Feldschlößchen“ sind verschiedene Gegenstände gefunden worden, die bei Kaufschel, Wiesenstraße 29, abgeholt werden können.

Aus den Nachbarrufen. Die Wohnungsnot in Lichterberg war vor Kurzem in einer öffentlichen Mieterversammlung des Orts Gegenstand der Beratung.

Der augenblicklichen Wohnungsnot ist durch Erbauung von Baracken abgeholfen, im übrigen kann die Gemeinde Lichterberg in der Wohnungsfrage im wesentlichen weiter nichts thun, als eine etwas größere Anzahl von Annehmlichkeiten für Obdachlose, als bisher vorhanden waren, zu beschaffen.

II. Anbaufähige Straßen sind genügend vorhanden, und steht mit Sicherheit zu erwarten, daß noch in diesem oder wenigstens im nächsten Jahr weitere Straßenzüge anbaufähig hergestellt werden.

Auf die Entwicklung der Verkehrsmittel hat die Gemeinde stets großen Wert gelegt, und wird auch die Förderung derselben weiter mit Energie betrieben werden.



III. Wohnhäuser für die minderbemittelten Volksschichten selbst zu bauen, ist abgesehen von andern Gründen für die Gemeinde Lichtenberg schon aus dem Grunde nicht möglich, weil ohne gleichzeitige Vorarbeiten von Berlin und den andern Vororten in der bezeichneten Richtung Lichtenberg gewissermaßen die Versorgungsanstalt für Berlin und die Vororte auf dem Gebiete des Wohnungswesens werden würde. Dazu hat Lichtenberg weder Veranlassung noch auch die Mittel.

IV. Die Frage der Aufnahme einer Wohnungsstatistik werden wir einer eingehenden und wohlwollenden Prüfung unterziehen.

**Die Gründung eines Bauvereins Schöneberg-Friedenau** zur Beseitigung der Mißstände auf dem Gebiete des Wohnungswesens beabsichtigen einige Bürger Schönebergs, Magistral und Polizeipräsident haben dem Unternehmen thätigste Unterstützung und Förderung zugesagt. Herren und Damen aller Stände, welche großjährig sind und ein geregelter Einkommen (?) haben, können Mitglieder werden durch Zahlung eines Gründungskostenbeitrags von 2 M. und Uebernahme eines Geschäftsanteils von 300 M., welcher event. ratenweise mit 3 M. pro Monat entrichtet werden kann.

**Dem Stadtverordneten Kleinfeld in Spandau**, der in vier Verwaltungsdeputationen Mitglied war, sind diese Würden abgenommen worden und zwar infolge eines Decrets, den er mit dem Stadtbaumeister Paul hatte. Herr K. ist derselbe Stadtverordnete, der ohne ausreichenden Auftrag vor einiger Zeit ein Grundstück für die Stadt Spandau gekauft hat, und der später, nachdem die Stadtverordneten-Versammlung den Ankauf ablehnte, zur Abnahme des Grundstücks verurteilt wurde.

**Der Besuch der Baumbüte in Werder** war am gestrigen Sonntag ganz gewaltig. Gegen 30000 Personen waren hinausgezogen nach dem Havelstädtchen, in dessen Umgebung jetzt die Blüte der Kirschen auf der vollen Höhe ihrer Entfaltung steht. Ausgesichts dieses Riesenerverkehrs hatten die Eisenbahn-Verwaltung und die „Stern“-Gesellschaft ihr Möglichstes gethan, um eine glatte Beförderung der gewaltigen Menschenmassen zu ermöglichen. Auf den Höhen drängten sich die Besucher. Wir machen bei dieser Gelegenheit nochmals darauf aufmerksam, daß für unsre Parteigenossen die Lokale von Martin, Kugelweg 58, und Koch, Fischerstr. 98, in Betracht kommen.

**Eine sinnige Widma-Ährung** wurde am Sonntag in Spandau veranstaltet. Dort soll am 10. d. M. ein Denkmal des Reichsheros enthüllt werden. Die Arbeiten daran wurden nun auch am Sonntag wieder gefördert; bis gegen 10 Uhr ließ der Unternehmer die Steinmetzen arbeiten. Dies geschah offenbar, um die Stellung des ersten Reichszanlers zur Socialreform sinnvoll anzudeuten, dem Widmarbelaufste die gesellschaftliche und politische Bedeutung beilehnen, welche sich dem von tiefer volkswirtschaftlicher Einsicht zeugenden Argument, daß der Arbeiter an sieben Tagen mehr verdiene als an sechs Tagen.

**In die Havel gestürzt und ertrunken** ist am Sonntag in Spandau das vierjährige Söhnchen eines Arbeiters. Das Kind spielte an der Dampfer-Anlegevorrichtung am Ufer unweit, bestieg in einem unbewachten Augenblick eine nach dem Wasser führende Treppe und stürzte in den Fluß. Zwei Soldaten des Garde-Fuß-Artillerie-Regiments machten sofort Rettungsversuche, jedoch vergeblich; der starke Strom entriß das Kind schnell den Augen der Soldaten. Die kleine Leiche konnte noch nicht gefunden werden. Die Mutter des Kindes wurde vor Schreck ohnmächtig und mußte nach ihrer Wohnung gebracht werden. Der Vater soll schon längere Zeit schwerkrank dantederliegen.

**Ein unappetitlicher Act.** Ein Kaninchenfresser trieb am Sonntag auf der Chaussee zwischen Mummelsburg und Karlsdorf sein Unwesen. Es ist einer jener wandernden Menageriebesitzer, die an Sonn- und Feiertagen die Chaussees in der Nachbarschaft Berlins unsicher machen, indem sie ihre und ihrer Tiere Käse zum besten geben. Spaziergänger produzierte er sich erst als Feuerfresser und Veggenschluder, sodann öffnete er einen Kasten und entnahm demselben ein lebendes Kaninchen, welches er mit den Zähnen zerfleischte und schließlich begann, das immer noch lebendige Tier zu verzehren. Nun aber hatte die Geduld des Publikums ihr Ende erreicht, hagedicht klangen Faust- und Stockhiebe auf den rohen Patron nieder, so daß er es vorzog, eiligst Flucht zu nehmen. In der zurückgelassenen Kiste fand man zwei Kaninchen und vier gleichfalls lebende — Ratten.

## Gerihts-Beitung.

**Der Mord in der Schulendorferstraße** wird erst am Donnerstag vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zur Verhandlung gelangen. Letztere soll bis Sonnabend andauern.

**Mit der Frage, ob das sogenannte Hydra-System** eine strafbare Auspielung im Sinne des § 256 des Strafgesetzbuchs sei, halte sich gestern auch die 7. Strafkammer des Landgerichts I zu befaßen. Der Rohrabhändler Wily Schlau hatte Geschäftsverkäufe nach dem Hydra-System gemacht, d. h. er sicherte dem Käufer, der einen Original-Coupon entnimmt und eine Anzahl weiterer Original-Coupons erstelt, die er dann bei der gleichen Anzahl Personen unterzubringen bemüht sein muß, im Falle des Selingens den Erwerb des Fahrrads zu dem ganz minimalen Preise zu. Auf Grund des Reichsgerichts-Erkenntnisses vom 14. Februar d. J. wurde Herr Schlau wegen Vergehens gegen § 256 des Strafgesetzbuchs und Vergehens gegen das Reichs-Stempelgesetz angeklagt. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß die Rechtsfrage richterlich zu entscheiden sei und beantragte 500 M. Geldstrafe. — Rechtsanwalt Gron erachtete es für notwendig, daß der Gerichtshof, für den der Reichsgerichtspruch nicht maßgebend sein könne, die Frage selbständig prüfe und aus eigener rechtlicher Ueberzeugung zu einer Entscheidung komme. Der Verteidiger überreichte die in der letzten Nummer der „D. Juristenztg.“ veröffentlichten Rechtsgutachten des Justizrats Dr. Staub und des Geh. Justizrats Prof. Dr. v. Liszt, welche aus Rechtsgründen der Aufhebung des Hydra-Systems als einer Auspielung entgegenzutreten und beantragte die Freisprechung des Angeklagten. Der Gerichtshof ist dem Reichsgericht gefolgt, indem er annahm, daß hier eine Auspielung und kein Kauf vorliege. Der Angeklagte wurde daher zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

**Mit dem Revolver** endete wieder einmal die Liebesgeschichte eines jungen Manns, die gestern das Schöffengericht am Landgericht I beschloß. Der des versuchten Mordes angeklagte Kellner Otto Hartwig hat trotz seiner jungen Jahre schon drei „Verhältnisse“ gehabt, mit denen er trübe Erfahrungen gemacht haben will. Nichtsdestoweniger braute sein Herz gleich lächerlich, als er am 9. März auf einem Vereins-Maschenball Fräulein Hedwig Krause kennen lernte. Diese war eine Freundin der Tochter seiner Wirtin, bei der er in der Rathenowerstraße wohnte. Er wurde den Eltern der Hedwig Krause vorgestellt und trat zu ihr in ein näheres Freundschaftsverhältnis, welches von den Eltern des Mädchens nicht ungenügend gesehen wurde, da sie meinten, daß das selbe vielleicht zur Heirat führen könnte. Man ging zusammen aus, besuchte in Gemeinschaft mit den Eltern Vereinsveranstaltungen oder trat mit der Tochter der Wirtin des Angeklagten, Frä. Buchholz und deren Bräutigam, zusammen. Am 9. März betrug sich der Angeklagte bei einem Ausgange so unpassend, daß Hedwig Krause erklärte, daß sie das Verhältnis abbrechen müsse. Für den nächsten Tag, einen Sonntag, war sie schon einige Tage vorher mit dem Angeklagten zusammen zu Frau Buchholz zum Kaffeegedank und sie ließ sich trotz des Vorgefallenen überreden, daran teil zu nehmen. Hier kam es im Zimmer des Angeklagten in Gegenwart der Wirtin zu Streitigkeiten zwischen dem Paare. Wily sah der Bräutigam des Fräulein Buchholz, Herr Reich, daß der Angeklagte einen sechsjährigen Revolver in der Hand hatte und auf Fräulein Krause anlegte. Im letzten Augenblick ließ er ihn auf den Fem, ein Schuß traf die Kugel aber drang infolge der durch den Schlag veränderten Schußrichtung in den Rücken.

Weiteres Unglück wurde dadurch verhütet, daß man ihn den Revolver entwand. Am nächsten Tage hat er das Ehepaar Krause und wehmütig um Verzeihung für das, was er gethan. Er hat dringend, ihn und seine Jugend zu schonen, seiner alten Mutter zu gedenken und ihm sein ferneres Fortkommen nicht unmöglich zu machen. Es war aber schon zu spät, denn die Anzeige war bereits erstattet. Im gestrigen Termin suchte der Angeklagte vergeblich den Gerichtshof und die Geschwornen zu überzeugen, daß es lediglich seine Abficht gewesen sei, sich selbst zu erschließen. Auf Grund der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt P e h e r das Schuldig im Sinne der Anklage, während Rechtsanwält Seltenstein eventuell nur versuchten Todschlag für vorliegend erachtete. Die Geschwornen votierten für versuchten Todschlag und billigten dem Angeklagten mildernde Umstände zu. Der Staatsanwalt beantragte 3 Jahre, der Gerichtshof erkannte auf 1 1/2 Jahre Gefängnis.

**Ein ungetreuer Amtsdienner** stand gestern wegen Unterschlagung im Amt vor dem zweiten Strafkammer am Landgericht II. Der Amtsdienner Victor Janowski war im Adlershof angestellt. Er hatte dort von den verschiedenen kleinen Ortschaften, die zum Amtsbezirk Adlershof gehören, Steuern und Gefälle einzuzahlen. 2000 Mark hatte er im Februar bereits abgeliefert, dann zog er noch am 5. Februar dieses Jahres 256 Mark von der Ortschaft Johannisthal ein und diese unterschlug er. Er hat diesen Betrag erst angegriffen und dann gänzlich verbrannt. Darauf ergriff er die Flucht, lehrte aber am 27. Februar zurück und stellte sich der Behörde. Vor Gericht gab er an, er habe monatlich 80 M. Gehalt und 15 M. Wohnungsgeldzuschuß gehabt. Davon mußte er seine Frau und drei Kinder ernähren. Der Amtssekretär von Adlershof gab dem Angeklagten das Zeugnis, daß er ein sehr tüchtiger und unbeschuldigter Beamter gewesen sei. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis. Die dringende Bitte, ihn vorläufig aus der Haft zu entlassen, damit er für Frau und Kinder ein Unterkommen schaffen könne, wurde vom Gerichtshof nicht erfüllt, weil der Angeklagte schon einmal die Flucht ergriffen habe und deshalb auch weiter fluchtverdächtig sei. Unberücksichtigt blieb dabei, daß sich der Angeklagte selbst der Behörde gestellt hatte.

**Der betrügerischen Ausbeutung** eines heiratslustigen Mädchens war der pensionierte Kriminal-Schuttmann Richard Lemke beschuldigt, welcher gestern vor der 135. Abteilung des Schöffengerichtshof stand. Der Angeklagte befand sich im Herbst 1898 noch im Dienst. Er lag damals mit seiner ersten Ehefrau in Scheidung, lebte aber bereits wieder mit einer andern Frau zusammen. Im Oktober 1898 ließ der Angeklagte sich in die Zeitung setzen. „Ein Staatsbeamter mit 2200 M. Einkommen sucht eine geeignete Frau mit einem Vermögen von 5000 M.“ Der „Staatsbeamte“ war der Angeklagte. Es meldete sich das 43jährige Dienstmädchen W., welches aber schon bei der ersten Zusammenkunft offenbarte, daß es zwar nicht 5000, wohl aber 2200 M. und ein Sparfassenbuch über mehrere hundert Mark, die Erparnisse einer langjährigen Dienstzeit besitze. Der Angeklagte erklärte, daß auch dieser Betrag genüge, er könne davon seine 1000 M. betragenden Schulden bezahlen; zu Weibhandt könne dann die Hochzeit stattfinden. Er gab an, daß er ein Winter sei und versicherte, daß er bereits durch ein andres Verhältnis gebunden war. Das bedauernde Mädchen opferte ihm zunächst noch und nach ihr gesamtes bares Geld, wobei der Angeklagte sich in immer neuen Vorspiegelungen erging, schließlich vertraute sie ihm auch ihr Sparfassenbuch an, mit der Erlaubnis, davon 60 M. abzugeben. Der Angeklagte hob alles ab und gab auch das Buch nicht wieder heraus. Von dieser Zeit an zog der Angeklagte sich zurück — die Citrone war ausgepreßt. Er wurde bald darauf pensioniert, das arme Mädchen hat keine Aussicht, je wieder einen Pfennig zurückzubekommen.

Der Gerichtshof ahndete die Straftathen des Angeklagten mit einer Gefängnisstrafe von einem Jahre.

**Im Militärbefreiungs-Prozess** zu Eberfeld beantragte der erste Staatsanwalt gegen Baumann neun Jahre Gefängnis und zehn Jahre Ehrverlust, gegen die Diebshoff drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, gegen Tesche, Felde, Vater und Sohn, Garthagen jun. je fünf Monate Gefängnis, gegen Krenner, Fr. Schmidt, Stöder, Vater und Sohn, Zimmermann jun., Everis, Vater und Sohn, Hübsmann, Wälter, Vater und Sohn, Bestler, Vater und Sohn, Webersberg, Vater und Sohn, und Kirchoff je sechs Monate, gegen Hufschmidt, Vater und Sohn, und Karl Schmidt je drei Monate Gefängnis.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 31. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt leben wir hervor: Militarismus und Socialdemokratie. — Rußland und Frankreich. Von Barbus. — Der Eintritt Allensands ins Ministerium. Von G. Kollant. — Der jüngste Parteitag der niederländischen Socialdemokratie. Von W. v. Bligen. — Die dänischen Wahlen. Von O. Bang. — Notizen: Ein Kritiker des Marxismus. — Franzosen: In der Schacht. Von Anton Tichedow. Aus dem Russischen übertrifft von Eugenie Klorin. (Fortsetzung.)

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 10. Nummer seines 18. Jahrgangs erscheinen lassen. Die beiden farbigen Bilder der Nummer sehen im Zusammenhang unter dem Gesamttitel „Die es beim Zweifeln zu Hause ausbleibt“. Auf dem Bilde „Frankreich“ zeigt der Künstler, wie sich zu dem einen Ziel, dem Sturm auf die Republik, die gesamte Reaktion jeglicher Schattierung zusammenfindet. Das Bild „Rußland“ trägt das Motto „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“ und zeigt auf der trostlos abwärts liegenden Steppe den Typus des brutalen Kolosals zu Pferde, der alles Leben unter dem Hufe seines Fiebers zerstört. Die in der Beilage enthaltenen Bilder „Schrecklicher Traum eines Berliner Spießbürgers“ und „Die wässrige Zukunft“ sind satirische Illustrationen zu politischen Vorgängen der letzten Zeit von geradezu drahtlicher Romik. Das politische Zeitgebiß „Der schwarze Freund“ enthält eine treffende Charakterisierung der Centralpolitik und in vielen kleinen Beiträgen ist noch so reichhaltige politische Satire vertrieben, daß wir unsern Lesern die Anschaffung der Nummer nur empfehlen können. Der Preis der Nummer ist 10 Pfennig.

Alfred Drehsch: Fünf Jahre meines Lebens. Berlin. Dr. John Gobelius, Verlag. (Preis 3 Mark.)

## Veranstaltungen.

**Im Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter** hielt am 5. d. M. Reichstags-Abgeordneter Rosenow einen Vortrag über die Entwicklung des Reichsgesetzgebungs. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit Beifall aufgenommen. Unter Verhandlungsangelegenheiten gab der Bevollmächtigte Heide mann bekannt, daß von jetzt ab jeden Sonntagabend in den bekannten Filialen Verbandsbeiträge entgegen genommen werden. Ferner beschloß die Versammlung, die 300 Protokolle vom Verbandstag, welche vorhanden sind, so weit sie reichen, an die Mitglieder gratis zu verteilen.

**Wäsche und Kravattenschneider.** Heute, in Wendts Klubhaus, Königsgraben 14a: Versammlung Vortrag des Genossen Waldes Manasse über: Der Kampf um das Dasein. **Berliner Konsumverein.** Dienstag, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Abteilungsversammlungen der Abteilung II im „Kreischlag“, Bruchstr. 36a, der Abteilung III im Moabiters Klubhaus, Weisstr. 9.

## Vermischtes.

**Das Opfer eines Lustmordes** ist das Lehnmädchen Dobinski aus Hattlingen geworden. Wie man dem „Berliner Tageblatt“ aus Offen mitteilt, ist die Leiche desselben in Sprochhoevel mit einem von Steinen beschwerten Sack um den Hals gefunden worden. Von dem Thäter fehlt bis jetzt noch jede Spur.

**In einem Anfall von Geisteskränkung** griff ein Patient die Inhaberin der Nervenkuranstalt in Grenna (Schweden) und deren Tochter an, tötete eine der letzteren und verwundete zwei sowie die Inhaberin. Auch von den zu Hilfe eilenden Männern wurden fünf durch den Rasenden zum Teil schwer verletzt. Zuletzt gelang es den Geisteskranken zu überwältigen.

**Von einem Justizmord** wird aus Frankreich folgendes berichtet: Vor 7 Jahren wurde in Paval (Mayenne) ein junger Priester, Abbé Bruneau, enthauptet, weil er den Pariser von Entromines, dessen Bilar er war, bestohlen und ermordet haben sollte. Nun wird gemeldet, die Haushälterin des ermordeten Abbé Prietot habe vor einigen Tagen auf ihrem Totenbette in Nantes vor mehreren Zeugen erklärt, sie habe den Mord begangen, und der Bilar habe es getuht, weil sie ihm die That sogleich bezeugte, um sein Schweigen zu erlangen. In Paval ertagt die Sache begreiflicherweise ungeheures Aufsehen. Es wird hinzugefügt, Abbé Bruneau habe, ehe er das Blutgericht bestieg, dem damaligen Staatsanwalt Dörbère-Desgardes, der jetzt die Mayenne in der Kammer vertritt, ein versiegeltes Schreiben überreichen lassen, mit der Bitte, davon Kenntnis zu nehmen. Dieser wird nun aufgefordert, zu erklären, wie es sich damit verhalte.

**In Chicago** brach am Sonntag in einem Wirtshaus ein großes Feuer aus, bei dem sieben Personen ihren Tod in den Flammen fanden, während drei schwer und viele andere weniger schwer verletzt wurden. Die Spritzen und die Rettungswagen konnten an den Brandherd nicht herankommen, weil ein Güterzug die Straße versperrte.

## Marktpreise von Berlin am 4. Mai 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten

Ware	Preis	Ware	Preis	Ware	Preis	
*) Weizen, gut D. Cir.	17,65	17,41	Kartoffeln, neue, D. Cir.	7,-	5,-	
mittel	17,57	17,53	Blaufleisch, Feine 1 kg	1,60	1,20	
gering	17,49	17,45	do. Pauch	1,20	1,-	
*) Roggen, gut	14,85	14,81	Schweinefleisch	1,60	1,20	
mittel	14,77	14,73	Kalbfleisch	1,80	1,-	
gering	14,69	14,65	Schmalz	1,60	1,-	
Gerste, gut	15,80	14,90	Butter	2,80	2,-	
mittel	14,80	14,-	Eier	60 Stk	3,80	2,40
gering	13,90	13,10	Kartoffeln	1 kg	2,20	1,20
Haber, gut	16,40	15,70	Kale		2,80	1,-
mittel	15,60	15,-	Haber		2,60	1,20
gering	14,90	14,30	Gerste		2,-	1,20
Nachschlag	7,32	7,-	Bariche		1,80	0,80
Hou	8,40	5,90	Schilte		3,-	1,20
Erbsen	40,-	25,-	Biere		1,20	0,70
Speisebohnen	45,-	40,-	Krebst	per Scho	15,-	3,-
Winsen	70,-	30,-				

\*) ab Bahn. **Produktenmarkt vom 6. Mai.** Die Witterung war heute wärmer und freundlicher als gestern. Der Getreidemarkt verlief infolgedessen seine Festigkeit, wobei ein motteter Preisrückgang aus Nordamerika und reichliches Warenangebot, besonders in russischen Roggen, mitwirkten. Bei ruhigen Geschäftsverlauf gab Weizen 1-1 1/2, Roggen 1/2-3/4, R. nach. Wehl fand wenig Beachtung, notierte nominell wie vorgestern. Hafer und Mais waren unter dem Einfluß der Gesamtmarktens etwas schwächer. Mais blieb unverändert, Herbstlieferungen neigten bei mäßigen Umsätzen zur Festigkeit. Spiritus unverändert, Wer loco 44,40 R. — Schluß für Getreide unverändert matt.

## Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde** findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

**S. Liebenwalderstraße.** Sachverständiger der Offenhager Frauen-Kranken- und Sterbehilfe fr. H. Döbereiner, Kirchhof, Leffingstr. 35, III. — Die Hofwagen sind kostenlos.

**Wohnung 101.** London G. E. 37 N. Clemmensen Green. **W. J.** für die Samaritanische genährte der Magistrat freiwillig ein Patronatsgeheim von 50000 M. Später wurden noch 94700 M. nachverlangt und vorläufig 73800 M. durch Resoluto des Polizeipräsidenten festgesetzt. — Berlin erhielt nach 1244 Stadtrechte, Köln a. d. Spree bereits 1292. Beide Städte wurden dann 1307 vereinigt.

**C. S. 1. respirator.** 2. J. S. ardent; dafür gibt es ein Duzend und mehr Ueberzeugungen. Nur aus dem Zusammenhang ist die richtige Uebertragung festzustellen. Dazu ist aber die Redaktion doch schließlich nicht da.

**W. 23. 100.** 1. Vom 1. Oktober bis 31. Mai. 2. Beim Bezirks-physikus Schulz, Tempelhofer Ufer 29. 3. Circa 300 M. — **W. 2. 17.** Sind Sie vollständig (über 21 Jahre alt) so sind Sie an den Vertrag selber gebunden. Sind Sie minderjährig, so ist der Vertrag nicht rechtsverbindlich für Sie. Immer wieder kann nur der Rat wiederholt werden, sich nicht von Neugierden zur Entnahme von wertlosen, oder doch für den Arbeiter fast wertlosen, neuen Büchern wie Hauspredigtbuch, Sonderausgabenlexikon oder von andern Dingen, wie Frauen-schau usw. beschwamen zu lassen. Ferner ist ein Rücktritt vom Vertrag ohne Zustimmung des Verkäufers unmöglich. Derartige ungeprüfte Bücher und Artikel haben selten einen realen Wert von mehr als der Hälfte. **C. 104.** Können Sie in die Sprechstunde.

**W. J.** 1. Es werden Stiefelgeschwiter ihre Schwester ebenso wie die Hof-geschwiter. 2. Falls Sie sich nicht einigen können Sie Antrag auf Nach-geregulierung stellen. — **W. 2.** Die Räumung braucht erst zu erfolgen, wenn die Kartoffeln in ordnungsmäßiger Weise verbrannt sind, es sei denn, der Wirt hätte den Keller nur zur vorläufigen Aufbewahrung Ihnen eingeräumt. — **Kid.** In dem Schlichteramt können Sie die Schlichter anfragen. In der Sache selbst ist eine Beurteilung nicht ausgeschlossen, weil die von Ihnen gewünschte Form auf die Absicht der Herabsetzung schließen lassen kann; Sie haben allgemein behauptet, der Betroffene sei nicht W. — **Postura.** Wenn, wie es scheint, aus dem gesamten Sachverhalte zwischen Ihnen und Ihrem Partner zu schließen ist, daß er Ihnen freistünde, so haben Sie Anspruch auf den Gewinn. — **W. 1000.** Sie sind im Recht. — **100.** Auf Grund einer Täuschung über Verwandtschaftsverhältnisse kann die Ehe mit Erfolg nicht angefochten werden. Auch eine Gleichzeitigkeit wäre möglich.

**W. 34.** 1. Rein. 2. Unmittelbarer Vertrag. — **C. 24.** 1. Uns nicht bekommt. 2. Invalidentrentner können weiter arbeiten; von der Kleebe-pflicht werden sie befreit, wenn sie einen auf Bezeichnung gerichteten Antrag an die Verwaltungsbehörde richten. 3. Die Anordnung einer Untersuchung ist zulässig. — **C. E. Finsterwalde.** Sie sind kraftlos. — **W. 6. 17.** Die Forderung eines Gewinnrechts für Anspargelungen verfährt, wie Forderungen aus Kaufgeschäften im allgemeinen. In zwei Jahren vom Ende des Jahres ab gerechnet, in dem die Forderung entstanden ist. Wird die Verjährung unterbrochen, so läuft von der Unterbrechung ab eine neue Verjährungsfrist.

**W. 6.** 1. Ihr Gehalt bedürfen eheliche Kinder bis zur Vollendung des 21. Lebensjahrs der Einwilligung des Vaters, uneheliche der Einwilligung der Mutter. Ist der Vater verstorben, so tritt an die Stelle des Vaters die Mutter. 2. Rückzahlung der Liebesmarke: Beiträge an junge Ehefrauen. Die Hälfte der für die Invalidentversicherung geleisteten Beiträge können Frauen erstattet verlangen, wenn sie in den Ehestand eintraten, bevor ihnen eine eine Alters- oder Invalidentrente bewilligende Entscheidung zugehelt ist. Voraussetzung ihres Anspruchs ist: 1. Es müssen mindestens 200 Mark vor Eingetragung der Ehe gefloßt sein. 2. Der Ehestandsantrag muß innerhalb eines Jahres nach dem Tage der Verheiratung gestellt gemacht werden. Mit der Rück-erstattung erlischt der durch die Zahlungen erworbene Anspruch auf Alters- oder Invalidentrente. In vielen Fällen, in denen die Ehefrau weiterarbeitet oder in denen die Möglichkeit einer Selbstversicherung gegeben ist, ist es deshalb vorzuziehen, den Antrag auf Rückzahlung nicht zu stellen, sondern weiter zu verdienen. Der Antrag auf Erstattung der Beiträge ist bei der untersten Verwaltungsbehörde oder bei der Kreisbehörde des Wohnorts oder des letzten Beschäftigungsorts oder bei der von dem Landes- Centralbehörde bestimmten Behörde anzubringen. In Berlin sind solche Anträge an den Magistrat, Abteilung für Invalidentversicherung, Klosterstr. 55, schriftlich zu richten oder dort zu Protokoll zu erklären. Beizufügen sind die Heiratsurkunde und die Liebesmarken.

## Briefkasten der Expedition.

**Thikad.** 1. Heine, 3. Ausgabe 66 M. Nichtl. Ausgabe: 36, 31 M. 18, 12, 10, 7, 50 M. 2. Es ist uns nicht klar, welcherlei Art Blatt Sie wünschen. 3. Circa 5 M. jährlich.

## Witterungsbericht vom 6. Mai 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Wetter	Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Wetter
Emmende	756,98	3 wolkig	9	happanda	763,90	6 bedekt	-1		
Damhara	756,28	3 bedekt	7	Beterburg	-	-	-	-	-
Berlin	756,99	3 bedekt	9	Fort	751,28	3 Regen	8		
Brandb./M.	754,90	2 bis bed.	10	Herberden	753,98	2 bedekt	7		
Wien	757,89	2 heiter	11	Pavia	753,98	3 bedekt	11		
	757,80	2 wolkenl.	8						

**Wetter-Propnoie für Dienstag, den 7. Mai 1901.** Zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit Gewitterregen und schwacher Südwestwind.